



Nr. 419 | 04.05.2022

Russland-Analysen

Deutschland und der Krieg

■ KOMMENTAR

- Abschied vom Wolkenkuckucksheim.
Deutschlands langsamer Wiedereintritt in die Weltpolitik 2
Von Andreas Umland (Stockholmer Zentrum für Osteuropastudien)
- Es war nicht alles falsch! Oder doch? 3
Von Liana Fix (Körper-Stiftung, Hamburg)
- Deutschlands Selbstbild – ein Kollateralschaden des Krieges? 5
Von Andreas Heinemann-Grüder
(Universität Bonn und Bonn International Centre for Conflict Studies)
- Der russisch-ukrainische Krieg und die Zukunft Europas 6
Von Petro Burkovskiy (Stiftung Demokratische Initiativen, Kyjiw)
- Russlands Krieg gegen die Ukraine und die deutsche Erinnerungskultur 9
Von Franziska Davies (Ludwig-Maximilians-Universität München)
- Frieden und Sicherheit für die Ukraine und Europa entstehen nicht
am Reißbrett des Westens 10
Von Cindy Wittke (Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg)
- Kommunikationsstrategien im Krieg: Andrij Melnyk und Vitali Klitschko 13
Von Yana Lysenko (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)
- Deutschland in den russischen staatsnahen Medien 16
Von Daria Zakharova (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

■ UMFragen

- Die Haltung der deutschen Bevölkerung zur Lieferung schwerer Waffen und zum
Energie-Embargo 18

■ STATISTIK

- Bilaterale Hilfe für die Ukraine seit Kriegsbeginn:
Deutschland im internationalen Vergleich 19

Abschied vom Wolkenkuckucksheim. Deutschlands langsamer Wiedereintritt in die Weltpolitik

Von Andreas Umland (Stockholmer Zentrum für Osteuropastudien)

In einer historischen Rede verkündete Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 eine Zeitenwende in der europäischen Nachkriegsgeschichte und deutschen Außenpolitik. Der Beginn der unverhohlenen militärischen Invasion und Bombardierung der Ukraine durch Russland drei Tage zuvor hatte nicht nur die kooperative Phase der Ost-West-Beziehungen nach Ende des Kalten Krieges beendet. Er stellte auch viele bis dahin lieb gewonnene deutsche Überzeugungen über internationale Beziehungen im Allgemeinen und die Berliner Ostpolitik im Besonderen in Frage.

Bis vor gut zwei Monaten beruhte ein Großteil des deutschen geopolitischen Denkens auf einer rosigen Sichtweise auf europäische Zeitgeschichte. Die deutsche Öffentlichkeit lebte, was die Quellen und Funktionsweise zwischenstaatlicher Konflikte anging, in einem Wolkenkuckucksheim. Das vorherrschende deutsche außenpolitische Paradigma ging davon aus, dass sich bewaffnete Konfrontationen (die nicht von Adolf Hitler initiiert wurden) durch Missverständnisse und mangelnde Kommunikation erklären. Politischer Dialog, kultureller Austausch, Entwicklungshilfe, wirtschaftliche Kooperation und diplomatische Verhandlungen erzeugen – anstelle von Militärbündnissen, Abschreckung und Verteidigungsanstrengungen – nachhaltige nationale Sicherheit und Frieden. Aus dieser Sicht brauchte Deutschland keine akademische Kriegsforschung, sondern war bestens mit ihrer verzweigten Friedens- und Konfliktforschung bedient.

Der auch heute noch weit verbreitete deutsche weltpolitische Eskapismus rechtfertigt sich freilich mit einem selbstkritischen Blick auf die jüngere Geschichte und dem Hinweis auf die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg. Der Aufstieg pazifistischer Stimmungen in Westdeutschland war jedoch weniger von tatsächlich angemessenen Lehren aus der Vergangenheit geprägt. Stattdessen war er in hohem Maße eine Funktion des kostenarmen Schutzes Westeuropas durch US-Truppen im Allgemeinen und nichtdeutsche NATO-Atomwaffen im Besonderen.

Mit dem Zusammenbruch des Sowjetblocks und Beginn der EU- sowie NATO-Erweiterungen in den 1990er Jahren verstärkte sich die weltpolitische Tagträumerei der Deutschen und ihre Perzeption, dass die Herstellung internationaler Sicherheit eine ethisch und strategisch unproblematische Aufgabe sei. Deutschland ist die letzten 30 Jahre ausschließlich von befreundeten Nationen und Bündnissen umgeben und eng mit ihnen verbunden. Die günstige geografische Lage der wiedervereinigten Deutschen und die Verlässlichkeit ihrer Verbündeten schufen

den Nährboden für einen besonders introvertierten außenpolitischen Diskurs, der hohen Moralismus, unreflektierten Pazifismus und impraktikablen Idealismus zelebriert.

Ein prominentes Beispiel verzerrter deutscher Selbstreflexion war und ist die Begeisterung vieler Westdeutscher für die so genannte Neue Ostpolitik. Dieser Erzählung zufolge erzielte die Herangehensweise der sozialliberalen Koalitionsregierungen gegenüber dem Ostblock in den 1970er Jahren große Erfolge. Die versöhnliche Wendung im Bonner Verhalten gegenüber Moskau und seinen osteuropäischen Satelliten während der Entspannungsperiode habe das Ende des Kalten Krieges 20 Jahre später vorbereitet.

Dieses selbstbeweihräuchernde, nicht nur sozialdemokratische Autonarrativ ignoriert jedoch, dass das unmittelbare Produkt der Neuen Ostpolitik nicht die Perestroika war. Vielmehr begannen der Einmarsch der UdSSR in Afghanistan 1979 und die rasante Eskalation der Ost-West-Spannungen in den frühen 1980er Jahren, als die sozialliberale Koalition in Deutschland noch an der Macht war. Die Welt befand sich bereits am Rande des Dritten Weltkriegs, bevor Ronald Reagan 1981 Jimmy Carter im Weißen Haus ablöste.

Anstatt sich von den Avancen Westdeutschlands unter Willi Brandt Anfang der 1970er Jahre beeindruckt zu lassen, begann die Sowjetunion in der Blütezeit der Neuen Ostpolitik mit der Planung, Entwicklung und dem Bau ihrer berüchtigten SS-20 Mittelstreckenraketen. Das Auftauchen dieses neuen Typs von Atomwaffen brachte die Ost-West-Beziehungen in der zweiten Hälfte der 1970er aus dem Gleichgewicht und führte zu enormer Nervosität in ganz Europa. Schlimmer noch: Moskaus Aufrüstung wurde durch eine gleichzeitige groß angelegte sowjetisch-deutsche Energiekooperation finanziell begünstigt.

Man sollte meinen, dass das widersprüchliche Endergebnis der Bonner Annäherung an den Kreml in den 1970er Jahren der deutschen politischen Elite und breiten Öffentlichkeit eine nachhaltige Lehre erteilt hat. Doch die eher ambivalenten Aus-, Neben- und Nachwirkungen der Neuen Ostpolitik wurden nie kritisch reflektiert. Obwohl die Entspannungsphase vor den konservativen Regierungswechseln in Washington und Bonn Anfang der Achtziger endete, geriet in Vergessenheit, dass sie nur kurz und ihre Errungenschaften nicht nachhaltig waren. Das bis heute anhaltende Versäumnis einer rationalen Bewertung der Neuen Ostpolitik führte einige Jahrzehnte später zu einer merkwürdigen Wiederholung zweiseitiger deutscher Außenwirtschaftsbeziehungen mit Moskau.

1970 wurde das bis dahin größte sowjetisch-westdeutsche Finanzgeschäft, der so genannte Röhrenkredit 1 zum Bau eines Gaspipelinesystems zwischen Westsibirien und der Europäischen Gemeinschaft abgeschlossen; neun Jahre später folgte der Einmarsch Moskaus in Afghanistan. Im Jahr 2005 wurde das bis dahin größte europäische Investitionsprojekt, der Bau der ersten Nord-Stream-Gasleitung von Russland nach Deutschland auf dem Grund der Ostsee, begonnen; neun Jahre später folgte die Annexion der Krim durch Moskau und das Anheizen eines Pseudo-Bürgerkriegs in der Ostukraine. Im Jahr 2015 arrangierten Berlin und Moskau den berüchtigten Nord-Stream-2-Vertrag zwischen Gazprom und einer Reihe westeuropäischer Energieunternehmen; sieben Jahre später folgte der Beginn einer groß angelegten russischen Invasion in der Ukraine 2022.

Zwar waren die Zeitenwende-Rede von Scholz vom Februar sowie zahlreiche ähnliche Erklärungen anderer deutscher Mainstream-Politiker vor dem Hintergrund früherer eskapistischer Interpretationen ermutigend. Die vielen Ankündigungen einer neuen Berliner Außenpolitik-Doktrin und darauffolgende intensive Mediendiskussion über die deutsche Fehleinschätzung Putins haben sich jedoch bisher in Umfang und Tiefe in Grenzen gehalten. Deutschland unterstützt zwar weitreichende Sanktionen und liefert Waffen an die Ukraine. Die deutsche Kehrtwende hat jedoch keine ausreichende

Selbstreflexion über die Ursachen vergangener Fehlritte ausgelöst und noch nicht zu einer vollwertigen Anpassung außenpolitischer Prärogative Berlins geführt.

Die historischen und ideellen Ursachen für das fragwürdige Engagement Deutschlands mit Putin & Co. in den letzten zwanzig Jahren sind noch immer nebulös. Der ehemalige Bundeskanzler und heutige Rosneft-Mitarbeiter Gerhard Schröder ist nach wie vor ordentliches Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Das Aufzeigen störender Ambivalenzen in der 50-jährigen Bilanz der Bonner und Berliner Ostpolitik gilt in vielen öffentlichen Debatten in Deutschland immer noch als pietätlos. Die akademische Kriegsforschung ist an deutschen Universitäten und Forschungsinstituten nach wie vor ein unterentwickeltes Feld, ja teils tabu.

Die Diskrepanz zwischen den lautstarken pro-ukrainischen Äußerungen Berlins auf der einen Seite und den nur zögerlichen Entscheidungen über militärische Hilfe für Kyjiw sowie Sanktionen gegen Moskau auf der anderen Seite irritiert nach wie vor Deutschlands Verbündete in West und Ost. Für einen vollständigen Neustart der Berliner Außenpolitik braucht Deutschland mehr als ein paar politische Reden und Talkshow-Diskussionen. Eine tiefere Untersuchung und breitere Debatte über das gesamte Spektrum der vergangenen Missgeschicke sollte dazu beitragen, endlich aus dem geopolitischen Wolkenkuckucksheim, in dem viele Deutsche immer noch leben, auszugehen.

Über den Autor

Dr. *Andreas Umland* ist Analyst am Stockholmer Zentrum für Osteuropastudien (SCEEUS) des Schwedischen Instituts für Internationale Angelegenheiten (UI) und Dozent am Fachbereich Politikwissenschaft der Kyjiwer Mohyla-Akademie (NaUKMA).

Es war nicht alles falsch! Oder doch?

Von Liana Fix (Körper-Stiftung, Hamburg)

Die Invasion der Ukraine hat eine heftige Debatte über die deutsche Russlandpolitik der vergangenen Jahrzehnte ausgelöst. Ehemalige Vertreter der traditionellen Ostpolitik verwehren sich deswegen einer Generalabrechnung, Sigmar Gabriel beispielsweise spricht von »Wahnsinn, heute jeden zu diskreditieren (https://www.focus.de/kultur/tv-kolumne-maybrit-illner-ex-aussenminister-gabriel-live-im-zdf-was-die-usa-nicht-machen-davon-sollten-auch-wir-finger-lassen_id_87585758.html).« Die dahinterliegende Botschaft: Es kann doch nicht alles falsch gewesen sein in der deutschen Russlandpolitik. Oder vielleicht doch?

Der Blick der osteuropäischen Nachbarn – seit 2004 EU-Mitglieder und genaue Beobachter deutscher Russlandpolitik – verrät viel und hilft, besser zu verstehen, zu welchem Zeitpunkt entscheidende Weichen gestellt

oder eben nicht gestellt wurden. Wo und wann ist deutsche Russlandpolitik falsch abgebogen? Was wären alternative Handlungsoptionen gewesen? Vier historische Momente sind dafür beispielhaft.

Erstens, der Nato-Gipfel 2008 in Bukarest – ein potentieller historischer Scheideweg, der stattdessen jedoch zu einem politischen Schwebezustand wurde. Der Widerstand Deutschlands und Frankreichs gegen eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens führte zu einem Kompromiss, der das Schlimmste beider Optionen vereinte: Die Länder könnten irgendwann Nato-Mitglieder werden – was jedoch keine zusätzliche Sicherheit bot und stattdessen das Risiko russischer Aggression mit sich brachte.

Kurz darauf brach der Krieg in Georgien aus, der eine Zäsur hätte sein können, es aber nicht war. Obwohl

Merkel den baltischen Staaten versprach, dass es keine Rückkehr zu normalen Beziehungen mit Russland geben werde, hieß es kurz darauf aus Berlin, es bräuchte mehr, nicht weniger Zusammenarbeit mit Russland.

Für die ost- und mitteleuropäischen Staaten war der Georgien-Krieg Ausdruck russischer imperialer Politik – für Paris und Berlin eine durch georgische Leichtfertigkeit ausgelöste Eskalation. Das war ein typischer Fehler deutscher Russlandpolitik: Die militärische Bedrohung durch Russland zu unterschätzen. Der Georgien-Krieg wurde als Ausnahme statt als Regel gesehen. Nach dem Krieg hat Russland dann die umfassende Modernisierung seines Militärs begonnen – eine europäische Sanktionspolitik ist ausgeblieben.

Zweitens, arbeitete Berlin stattdessen an »Annäherung durch Verflechtung«, das vom Auswärtigen Amt 2006 entwickelte Konzept für Russland. Aus Sorge, mit der von Polen und Schweden – nicht von Deutschland – vorgeschlagenen Östlichen Partnerschaft für die Nachbarländer werde EU-Russlandpolitik vernachlässigt, trieb Deutschland eine Modernisierungspartnerschaft mit Russland voran. Diese operierte mit der Annahme einer Interessenkonvergenz: Auch Moskau wolle seine Wirtschaft und Gesellschaft modernisieren.

Zwar trugen ost- und mitteleuropäische Staaten die Modernisierungspartnerschaft teils mit. Sie gaben sich jedoch nicht der Illusion hin, dies könnte zu einem Wandel führen. Ihre Warnungen vor Russlands autokratische Entwicklung wurden von Berlin als historischer Determinismus bei Seite geschoben. Aus deutscher Perspektive war die Frage, welche Richtung Russland in Zukunft einschlagen würde, noch offen. Ein weiterer Fehler Berlins: Statt die Zivilgesellschaft in Russland ernsthaft zu fördern, setzte Deutschland auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Eliten, gekleidet in den Begriff der Modernisierung.

Dies änderte sich – drittens – erst mit der Krim-Annexion und dem Krieg in der Ostukraine. Berlin legte seine Illusionen über Russland größtenteils ab und nahm eine Führungsrolle in Europa ein. Die polnischen und baltischen Nachbarn zeigten sich positiv überrascht: Zum ersten Mal war die gemeinsame Sanktionspolitik wichtiger für Berlin als die Sonderbeziehung zu Russland. Die Minsker Abkommen – so nachteilig sie für die Ukraine waren – brachten die Kämpfe vorläufig zum Stillstand. Als in den darauffolgenden Jahren jedoch deutlich wurde, dass Minsk-II nicht funktionierte, verpasste Berlin es, eine Alternative zu entwickeln – nämlich die Ukraine mit Waffenlieferungen zu unterstützen, sich selbst zu verteidigen.

Über die Autorin

Dr. *Liana Fix* ist Historikerin und Politikwissenschaftlerin sowie Autorin des Buches »A New German Power? Germany's Role in European Russia Policy«. Sie ist Programmleiterin im Bereich Internationale Politik der Körber-Stiftung. Ihr Beitrag wurde unter dem Titel »Als Deutschland falsch abgebogen ist« am 03.05.2022 auf ZEITONLINE erstveröffentlicht: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-04/deutsche-russlandpolitik-ukraine-nord-stream-2>

In der Annahme, Russland folge weiterhin einer vergleichbaren Logik in seiner Außenpolitik wie die eigene Logik, verfolgte Berlin eine Politik der Kompartimentalisierung mit Moskau – die Aufteilung von Bereichen der Kooperation und der Konfrontation. Das trug Anfang 2022 zu der Fehleinschätzung bei, der russische Truppenaufmarsch sei nur Verhandlungstaktik, da kein rationales Kosten-Nutzen-Kalkül für einen Angriffskrieg auf die Ukraine zu sprechen schien. Die ideologische Radikalisierung Putins und seines Regimes ist in der Analyse sträflich vernachlässigt worden.

Viertens wurde trotz aller Warnungen der ost- und mitteleuropäischen Nachbarn und der USA an Nord Stream II und dem Mythos festgehalten, Russland sei ein zuverlässiger Lieferant und Energie ein stabilisierender Faktor, selbst bei zunehmend leeren Gasspeichern. Die Annäherung durch Verflechtung hat bei den Energiebeziehungen funktioniert – und zu einer zu großen Nähe von Wirtschaft und Politik zwischen Deutschland und Russland geführt.

Es ist ein bedrückendes Bild deutscher Russlandpolitik. Besonders auffällig: Es war oft das Vermeiden von Entscheidungen, das Aus-dem-Weg-gehen bei unangenehmen Wahrheiten, das Beharrungsvermögen alter Denkstrukturen, das zu Fehlern geführt hat. Das hat auch mit politischen Kontinuitäten und mangelndem Austausch mit Fachexpertise zu tun. Es wurde angepasst, aber nicht verändert – »kompartimentalisiert«, aber nicht strategisch neu gedacht.

Politiker taten sich schwer, der eigenen Wählerschaft reinen Wein einzuschenken über Russlands Entwicklung, und beschworen Folklore der Vergangenheit. Deutschlands Ansatz hat sich weiterentwickelt, aber langsam und graduell, und er hat damit nicht angemessen reagiert auf eine russische Politik, die sprunghaft und immer schneller abglitt in Diktatur und kriegerische Aggression. Das deutsche Weiterlaufen lassen stand im Gegensatz zum Putinschen Schlussstrich ziehen. Putin wollte mit aller Macht den Status Quo beenden. Deutschland unbedingt am Status Quo festhalten.

Olaf Scholz hat im Interview mit dem Spiegel (<https://www.spiegel.de/politik/olaf-scholz-und-der-ukraine-krieg-interview-es-darf-keinen-atomkrieg-geben-a-ae2acfbf-8125-4bf5-a273-fbcd0bd8791c>) die Literatur von Masha Gessen zitiert. Sie hat bereits in 2017 Russland als totalitären Staat beschrieben. Dieser Begriff tauchte in der deutschen Russlandpolitik damals noch nirgendwo auf. Nein, es war nicht alles falsch. Aber es sind oft die Fehler – mehr als das, was richtig gemacht wurde – die lange nachhängen.

Deutschlands Selbstbild – ein Kollateralschaden des Krieges?

Von Andreas Heinemann-Grüder (Universität Bonn und Bonn International Centre for Conflict Studies)

Das Weltbild der deutschen Politik der letzten gut fünfzig Jahre bricht mit Putins Krieg gegen die Ukraine zusammen. Zwar muteten die Rechtfertigungen von partnerschaftlichen Sonderbeziehungen zu Russland in den letzten Jahren immer bizarrer an – um sich von eigenen Glaubenssätzen und Wunschvorstellungen zu verabschieden, bedurfte es jedoch erst der Eindeutigkeit des Krieges. Als die Partei Die Grünen im Juni 2021 einen Antrag im Bundestag (<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw23-de-russland-politik-843426>) für einen Kurswechsel in der deutschen Russlandpolitik einbrachte, wurde die Vorlage bei direkter Abstimmung mit der Mehrheit von CDU/CSU, SPD, AfD und Die Linke gegen das Votum von Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der FDP zurückgewiesen. Putins Regime sollte auf keinen Fall durch Kritik brüskiert werden, weil dies ja zu Krieg führen und die Geschäfte schädigen könne. Über die Beschwichtigungspolitik herrschte, inklusive der Grünen, die der Ukraine bis zum Krieg auch keine Waffen zur Selbstverteidigung liefern wollten, parteiübergreifend Konsens. Das Selbstverständnis deutscher Politik bis zum Krieg lässt sich in drei Formeln zusammenfassen: »Nie wieder Krieg mit Russland, auch wenn dessen Opfer allein stehen«, »Werte sind schön, Wirtschaftsinteressen sind wichtiger« und »Im Kriegsfall – ohne mich«.

Im Mai 2021, also vor einem Jahr, schrieben Nikolay Mitrokhin und ich in der Zeitschrift Osteuropa (<https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2021/3/fuer-eine-neue-russland-politik/>): »Die Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Russland bedarf einer grundsätzlichen Neuausrichtung, die von einer klaren Definition der eigenen Prioritäten, der Gewissheit über die eigenen Werte und einem illusionslosen Verständnis des autoritären Charakters des politischen Systems Russlands ausgeht. Das russische Regime ist Rivale im neuen Systemwettbewerb, ein Sicherheitsrisiko und eine Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Deutsche Russlandpolitik muss die Widerstandsfähigkeit gegen antidemokratische Einflussnahme in Deutschland und der EU stärken, die Sicherheit im östlichen Europa schützen, für die Freiheit der Wahl des politischen Systems und des außen- und sicherheitspolitischen Bündnisses der Nachbarstaaten eintreten und jenen tatkräftig beistehen, die Opfer von Repression werden.« Der Appell blieb ohne jede Resonanz.

Die deutsche Ostpolitik hatte sich immer von einem vermeintlichen Realismus leiten lassen, nämlich der Möglichkeit eines Ausgleichs zwischen Systemen unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Die deutsche Ent-

spannungspolitik gegenüber der Sowjetunion und später Russland gründete auf dem Glauben an die eigene »Zivilmacht«, auf Geschäftsinteressen, die mit »Wandel durch Handel« verbrämt wurden, auf der Bevorzugung Russlands gegenüber den übrigen Opfern des Nazismus und einem Ressentiment gegenüber den USA unter den Linken, den Sozialdemokraten, Teilen der CDU und bei der extremen Rechten. Russland stand, ungeachtet der Radikalisierung seiner Autokratie, für die Möglichkeit einer Konvergenz der Systeme. Letztlich leitete die deutsche Russlandpolitik jedoch fast nur noch ein Stockholm-Syndrom. Würde man Putin nicht durch Militärmanöver, Waffenlieferungen an die Ukraine oder Sanktionen provozieren, so würde er sich schon entspannen und zähmen lassen.

Deutschlands Selbstbild gründete auf dem Rollenverständnis als Brückenbauer zwischen den widerborsigen, leider russlandkritischen, Osteuropäern und dem Kreml, zwischen den bellizistischen USA und einem traumatisierten Russland. Deutsche Politik empfahl sich als Mediator zwischen den emotionsgeladenen Akteuren, so als ob Deutschland jenseits der Konflikte stünde, gleichsam von einer höheren Friedenswarte. Über den Beitrag, den Deutschland damit zur Ermöglichung des Putinismus geleistet hat, werden sich Historiker noch ebenso streiten wie über die Warnsignale, die aufgrund der Verfangenheit in Wunschdenken übersehen wurden. Die früheren Entspannungspolitiker fühlen sich derzeit desavouiert, sie sind mit Amnesie, Selbstabsolution und der Abwehr von Anwürfen aus der Ukraine befasst. Die zögerlichen, stets nur auf äußeren Druck erfolgenden, Waffenlieferungen an die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 haben das »Gschmäckle« von Ablasshandel.

Der Krieg zerstört endgültig die Illusionen deutscher Politik. Aus der vermeintlich »schwierigen Partnerschaft« mit Putins Russland ist eine Auseinandersetzung geworden, die nicht auf Missverständnissen, Kommunikationsfehlern oder mangelnder Berücksichtigung legitimer Sicherheitsinteressen Russlands beruht, sondern auf einem Systemantagonismus, nämlich der Unversöhnlichkeit von Imperialismus und Völkerrecht, von Diktatur und Demokratie, von liberalen und faschistoiden Werten. Mit einem Regime, das periodisch mit dem Einsatz von Atomwaffen droht, um den Vernichtungskrieg gegen die Ukraine ungestört führen zu können, gibt es keinen »kalten Krieg«, sondern einen Antagonismus auf Leben und Tod. Putin ist eine Gefahr für den Weltfrieden. Mit Putins Regime wird es deshalb bestenfalls Waffenstillstände, aber keinen Frieden in Europa mehr geben. Das russische Regime ist strukturell nicht

friedensfähig, von daher wird es Frieden in Europa erst dem Ende des Putinschen Regimes geben. Die Mehrheit der russischen Bevölkerung wird wiederum ihre Loyalität gegenüber ihrem Führer Putin erst infolge einer Niederlage und der folgenden Katharsis aufgeben.

Die russisch-kontrollierte Welt und das übrige Europa werden dauerhaft gespalten sein. Der Krieg verändert Europa – wirtschaftlich durch die Abkoppelung von der Erpressbarkeit durch russische Energielieferungen, politisch durch die Bekräftigung der Wertegemeinschaft Europas angesichts der russischen Gefahr und sicherheitspolitisch durch die bleibende Abhängigkeit von den Sicherheitsgarantien der USA (anstelle »strategischer Autonomie« der EU). Ohne die NATO gibt es keine Sicherheit in Europa. Das Endspiel für das Geschäftsmodell des russischen Petro-Staates hat begonnen. Wie auch immer der Ukrainekrieg endet, Russland wird geschwächt aus ihm hervorgehen, damit wird auch der künftige Einfluss Russlands im postsowjetischen Raum (und darüber hinaus) durch China, die Türkei, den Iran, die USA und die EU geschmälert.

Deutschland büßt nicht nur sein Rollenbild als Brückenbauer zwischen Ost und West ein, sondern auch seine Führungsmacht innerhalb der EU. Der desaströse Mangel an strategischer Vorausschau, die Beschwichtigungspolitik gegenüber Putin und das Zögern und Zaudern nach dem 24. Februar haben Deutschlands »soft power« nachhaltigen Schaden zugefügt. An die Stelle

der vermeintlichen Äquidistanz und Gleichgewichtspolitik gegenüber den Großmächten tritt das, was man im Englischen »bandwaggoning« nennt. Deutschland mutiert nach der Ära Merkel vom Krisenmanager, d. h. diplomatischen Verwalter des Status quo in den Beziehungen zu Russland und innerhalb der EU, zum Mitläufer. Deutschland bestimmt mit der gegenwärtigen Koalitionsregierung nicht mehr die Agenda, weshalb die gegenwärtige Regierung nur ein Zwischenspiel sein mag.

Die vorläufigen Lehren aus dem Krieg? Autokratien wie das Putinsche Regime bewegen sich von begrenzten zu absoluten, nicht verhandelbaren Zielen. Appeasement schwächt demokratische Gesellschaften, Demokratie muss deshalb wehrhaft sein, nach außen wie nach innen. Die Wirtschaft lässt sich nicht von der Politik trennen, die Assoziierungspolitik der EU und Nordstream I und NordStream II waren von daher schon immer politisch. Ein Diktator wie Putin ist kein homo economicus, der die Politik der wirtschaftlichen Nutzenmaximierung unterordnet, für ihn ist Politik Krieg. Die Kriegsgefahr wird deshalb nicht durch Pazifismus gemindert. Ein diktatorischer Gegner wie Russland preist vielmehr rosarote Linien als Schwäche ein, versteht aber die Sprache roter Linien, wenn sie deutlich markiert sind. Die deutsche Bevölkerung muss auf das Ausmaß der Gefahr, die von Putins Regime ausgeht, auf Einschnitte und entschiedene Maßnahmen vorbereitet werden.

Über den Autor

Apl. Prof. Dr. *Andreas Heinemann-Grüder* lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bonn und forscht am Bonn International Centre for Conflict Studies; er leitete ein Projekt zu den irregulären bewaffneten Gruppen im Ukraine-Konflikt, forscht zu De-facto-Regimen und publizierte jüngst (zs. mit C. Crawford und T.B. Peters) »Lehren aus dem Ukraine-Konflikt«, Verlag B. Budrich 2022.

Der russisch-ukrainische Krieg und die Zukunft Europas

Von Petro Burkovskyi (Stiftung Demokratische Initiativen, Kyjiw)

Beim russisch-ukrainischen Krieg, der 2014 begann, handelt es sich um einen europäischen Krieg. Dies ist kein Krieg zwischen der ukrainischen und der russischen Regierung um die Kontrolle über ein bestimmtes Gebiet, wie es die europäische Presse und Diplomatie in den vergangenen acht Jahren oft darstellen wollte. Kyjiw und Moskau haben völlig unterschiedliche Ziele.

Die Ukraine kämpft um ihr Überleben und das Recht, sowohl der Europäischen Union als auch der NATO beizutreten. Russland kämpft für das Recht, die Grenzen dieser beiden Organisationen und den Umfang der nationalen Souveränität der meisten ihrer Mitgliedsstaaten festzulegen.

Zum aktuellen Zeitpunkt bleibt der zukünftige Verlauf des Krieges ungewiss. Sicher ist nur, dass dies der letzte Krieg für die Ukraine, Russland und Europa in ihrem gegenwärtigen Zustand ist.

Ich denke, dass es keinen Sinn mehr macht Ziele und Handlungen der russischen Führung im Rahmen der Logik der »Eskalation – Deeskalation« zu betrachten, wenn es nach den Kämpfen an der Zeit ist, die Ergebnisse zusammenzufassen, Verluste zu erfassen, und Erfolge zu konsolidieren.

Tatsächlich benutzt Wladimir Putin Gewalt und Krieg, um seine Fehler und Fehleinschätzungen zu verbergen. Der Kreml erlitt eine Niederlage durch die

ukrainische Revolution der Würde 2014 und versuchte, durch »hybride Interventionen« auf der Krim, im Donbas, in Charkiw und in Odesa einen Bürgerkrieg in der Ukraine zu provozieren. Der Ukraine gelang es jedoch zu überleben und ihren Weg weiter Richtung Europa fortzusetzen.

Durch die Invasion am 24. Februar 2022 versuchte Putin, das Scheitern seiner Politik der letzten acht Jahre zu verbergen. Und jetzt, nach einer militärischen Katastrophe in der Ukraine, wird Europa vom Kreml offen mit Raketenangriffen, einem plötzlichen Stopp der Öl- und Gaslieferungen und schließlich dem Einsatz von Atomwaffen bedroht.

War Putins Kalkül von Anfang an falsch? Schließlich sah sich die Ukraine 2014 der russischen Bedrohung allein gegenüber. Von den USA, die am meisten von der nuklearen Abrüstung der Ukraine in den Jahren 1991–1994 profitierten, wurde die erwartete Unterstützung nicht geleistet. Später, im Jahr 2016, räumte Präsident Obama aufrichtig ein, dass die Politik seiner Regierung auf der »Tatsache« basierte, dass die Ukraine für Russland »wichtiger« sei als für den Westen/Amerika. Mit anderen Worten haben die USA Russlands »Recht« auf die Kontrolle über die Ukraine anerkannt. So ist es nicht verwunderlich, dass die gleiche Meinung von wichtigen europäischen Staaten geteilt wurde, genauer gesagt von den Eliten, die damals an der Macht waren.

Ich persönlich hatte die Gelegenheit, mich davon im Mai 2014 bei einem Gespräch mit der stellvertretenden Leiterin der Abteilung Außenpolitik im Kanzleramt von Bundeskanzlerin Angela Merkel zu überzeugen. Die direkte Frage, ob Deutschland Waffen an die Ukraine liefern würde, um sich vor einer russischen Aggression zu schützen, wurde verneint und erklärt, dass Russland die Ukraine nicht angreifen werde.

Der Kreml mag gehofft haben, dass der Schock und die Unberechenbarkeit des Krieges Europa zwingen würden, seine Aggressionspolitik zu ignorieren und die Ukraine ihm zu überlassen. Die Berichte ukrainischer Diplomaten über Gespräche mit europäischen Politikern in den ersten Kriegsstunden beweisen, dass diese Hoffnungen nicht ganz falsch waren und offensichtlich nicht nur ein Produkt der Einbildung, sondern auch eine Folge von Putins Kommunikation mit führenden europäischen Politikern waren. Es ist durchaus möglich, dass dies der »Preis« war, den europäische Eliten bereit waren zu zahlen, damit die russische Aggression die Außengrenzen der NATO nicht überschreitet und eine Lücke für das Narrativ von Russlands »Zugehörigkeit zu Europa« offen lässt.

Doch 2022 ist alles anders.

Der Krieg verlief aus drei Gründen nicht nach Putins Wünschen. Die Ukraine stand der russischen Aggression im historischen Vergleich in der besten Positionen

gegenüber. Erstens verfügte das Land bereits über reguläre Streitkräfte, die in Kämpfen mit dem Feind erprobt waren und über Reservisten von hoher Qualität. Zweitens befand sich die Ukraine erstmals im Kreis von Verbündeten, von denen es dank diplomatischer Arbeit mehrere Dutzend gibt. Die westlichen Nachbarn nehmen Millionen von ukrainischen Flüchtlingen auf, und die G7-Länder leisten wirtschaftliche Unterstützung. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und NATO-Staaten liefern Waffen. Gemeinsam verhängen sie Wirtschaftssanktionen und isolieren Russland langsam von der zivilisierten Welt. Drittens vereinte sich die ukrainische Gesellschaft in der Stunde der größten Gefahr und war sich des Preises bewusst, der für die Freiheit zu zahlen war.

So werden vor unseren Augen auf Kosten der großen und irreversiblen Verluste der Ukraine europäische Illusionen über Russlands »europäische Zugehörigkeit« zerstört. Das ist der größte Verlust für den Kreml, denn diese Illusionen wurden seit Jahrzehnten gehegt.

Jetzt verwandelt sich dieser Kulturschock allmählich, aber unaufhaltsam in Widerstand gegen die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Grundlagen des offenen und verdeckten russischen Einflusses und der Präsenz in Europa.

Da der Krieg für uns Ukrainer nicht in Tagen gemessen wird, sondern in durch den Krieg zerstörtem Leben, ist es für uns schwer zu hören, wie europäische, insbesondere deutsche, österreichische und ungarische Politiker den Krieg in Euro, Prozentsätzen des BIP, Barrel Öl und Kubikmetern Gas messen. Vor dieser Invasion konnten jedoch die meisten anderen europäischen Politiker, beim Versuch den Weg zum Kreml zu ebnen, mit ihnen konkurrieren. Die gesamte Europäische Union ist dafür verantwortlich, dass bei Wladimir Putin den Eindruck entstand, dass das »goldene Zeitalter« des russischen Zarenreiches der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückkehrt, als Russland ein wichtiger Teil des »europäischen Konzerts« der Großmächte war und sogar über ein Vetorecht verfügte.

Diese Ära endete für das Russische Reich mit der Katastrophe des Krimkriegs. Die Chimäre von Putins Imperium zerschellt am Widerstand der Verteidiger von Mariupol, Kyjiw, Charkiw, Sumy, Wosnesensk, Mykolajiv und Hunderten anderer ukrainischer Städte und Dörfer, in denen der Widerstand gegen die Invasoren andauert. Das Narrativ von »Russland in Europa« wurde angesichts der Gräber in Butscha zu einem Urteil über alle Politiker und Wissenschaftler, die es so hartnäckig vertreten und verteidigt hatten.

Besonders kränkend ist, dass die Politiker jener Staaten, mit denen die Ukraine vom Spätmittelalter bis heute eng kulturell und wirtschaftlich verbunden ist, an diesen Illusionen festhalten. Im November 2021, als die Stiftung

Demokratische Initiativen zusammen mit dem Institute for Central European Strategy eine Umfrage zur Wahrnehmung der Staaten Mitteleuropas durch die ukrainische Bevölkerung durchführte (<https://dif.org.ua/en/article/ukraine-as-part-central-europe-what-ukrainians-think-about-it>), belegten Deutschland und Österreich die vorderen Plätze. Der Respekt vor der deutschen Ordnung, der guten Organisation der Wirtschaft und des lokalen Lebens und die Dankbarkeit gegenüber den einfachen Deutschen, die jetzt ukrainische Flüchtlinge im Moment der größten Not aufgenommen haben, werden bestehen bleiben und gestärkt werden. Niemand in Kyjiw wird jedoch den Verrat vergessen, den deutsche, österreichische und ungarische Politiker an ihren eigenen »christlichen«, »konservativen« und »sozialdemokratischen« Werten begangen haben, um dem Kreml zu gefallen.

Berlin hat seine führende Rolle in Europa verloren und nicht nur in den Augen der Ukrainer. Somit stehen der EU schwierige Zeiten bevor. Es ist uns wichtig, nicht die Schwäche Deutschlands auszunutzen, sondern die Wege und Ziele aufzuzeigen, die Europa vereinen und Berlin eine Chance geben würden, sich für die Fehler der vergangenen 20 Jahre zu rehabilitieren.

Die Ukrainer haben das Recht, Europa ein Projekt zur Vereinigung von NATO- und EU-Mechanismen vorzuschlagen. Die neue Staatenunion wird nur jene Länder umfassen, die sich bereit erklären, die Last der Verteidigung zu teilen und die Errungenschaften der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung zu teilen.

Es ist sowohl schwierig als auch einfach. Es ist einfach, weil das Ziel bekannt ist: Nach den Schocks des Zweiten Weltkriegs schufen die Europäer Allianzen für einen gemeinsamen Markt und für Atomenergie, ein kollektives Sicherheitssystem, eine gemeinsame Währung und einen freien Raum für den Austausch von Menschen, Kapital und Wissen. Es ist schwierig, weil die neue russische Aggression bewiesen hat, dass die wirtschaftliche Entwicklung untrennbar mit Fragen der kollektiven Sicherheit verbunden ist und dass die Demokratie nicht durch Kompromisse mit autoritären und totalitären Regimen verteidigt werden kann.

Über den Autor

Petro Burkovskyi ist seit 2017 Senior Fellow der Stiftung Demokratische Initiativen (DIF). Von 2006 bis 2020 war er am Nationalen Institut für Strategische Studien in Kyjiw tätig. Der vorliegende Beitrag ist in einer längeren Fassung auf Ukrainisch auf der Webseite der Zeitschrift Krytyka erschienen: <https://krytyka.com/ua/articles/iakyi-vyhliad-maie-maibutnie-ukraïny-i-evropy-pislia-shistdesiaty-dniv-viiny>

Während der zwei Kriegsmonate hat der Kreml angesichts starker westlicher Entscheidungen seine fehlende Bereitschaft und Unentschlossenheit gezeigt. Niemand in Russland glaubte, dass die Hälfte der Zentralbankreserven eingefroren und die Versorgung mit hochentwickelter Elektronik ganz eingestellt würde, wodurch nicht nur die zivile Luftfahrt, sondern auch viele Schlüsselunternehmen im militärisch-industriellen Komplex lahmgelegt wurden.

Russische Truppen werden sich schnell aus der Ukraine zurückziehen, wenn die NATO die Einführung einer Flugverbotszone über der Ukraine ankündigt und beschließt, die Ukraine zusammen mit Schweden und Finnland in ihre Reihen aufzunehmen. Der Kreml wird seine Aggression stoppen müssen, um eine Niederlage durch die NATO auf dem Schlachtfeld in der Ukraine zu vermeiden. Dies garantiert nicht die Befreiung aller besetzten ukrainischen Gebiete, aber es gibt uns die Chance, den verheerenden Krieg zu beenden und Europa die Chance, eine Konfrontation mit Putin nach einem für ihn geeigneten Szenario zu vermeiden.

Ein zukünftiges Nachkriegseuropa ist ohne einen Gerichtsprozess gegen russische Kriegsverbrecher kaum vorstellbar. Und dieses Gericht ist ohne allgemeine nukleare Abrüstung schwer vorstellbar. Warum brauchen wir Waffen für Angriff und Verteidigung, wenn die modernen Staaten durch tierische Angst gebunden sind und nicht in der Lage sind, das Gute vor dem Bösen zu schützen? Bedeutet nicht Putins Straflosigkeit, geschützt durch die Angst vor totaler Zerstörung, dass diese Zerstörung bereits vor unseren Augen stattfindet? Und dass es »nach Butsch« keine Schutzmaßnahmen gegen den nuklearen Winter gibt, außer der Entschlossenheit und dem Mut der Ukrainer, die den Kreml-Diktator herausfordern? Ich möchte hoffen, dass der Mut der Ukrainer im Bündnis mit den europäischen Nationen den Kontinent vor einer Katastrophe bewahren wird.

Übersetzung aus dem Ukrainischen: Lina Pleines

Russlands Krieg gegen die Ukraine und die deutsche Erinnerungskultur

Von Franziska Davies (Ludwig-Maximilians-Universität München)

In einem Text für die Neue Züricher Zeitung konstatierte der Osteuropa-Historiker Karl Schlögel, dass die deutsche Erinnerungskultur an den Zweiten Weltkrieg längst zu einem »Ersatz für die Konfrontation mit der Gegenwart geworden« sei (NZZ vom 19.3.2022). Die rituell gewordenen Praktiken der Erinnerung an die Opfer von Gewalt und Krieg hätten die Übernahme politischer Verantwortung für die heutigen Herausforderungen eher behindert als befördert. Sollte diese These zutreffend sein, dann ist es an der Zeit über die Funktion der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Deutschland nachzudenken. Dabei steht man unweigerlich vor einem Dilemma: auf der einen Seite die Forderung, die Opfer und Held:innen des Zweiten Weltkriegs nicht für die eigene politische Positionierung zu instrumentalisieren, andererseits aber die Feststellung, dass eine komplett von der gegenwärtigen Politik losgelöste Erinnerung Gefahr läuft, eben diese bedeutungslos zu machen. Welchen gesellschaftlichen Wert hat das zeremonielle Gedenken an die Opfer von Massenerschießungen, Aushungerung und Zwangsarbeit, wenn wir in dem Moment, in dem wir eben solche Gewaltphänomene in der Gegenwart beobachten, den Bezug auf den Zweiten Weltkrieg als einen pietätlosen Missbrauch seiner toten Opfer zurückweisen?

In diesem Sinne ist die Frage nach der Bedeutung des russischen Kriegs gegen die Ukraine für die deutsche Erinnerungskultur verbunden mit einer zweiten Frage: Welche Analogien oder welche Vergleiche sind angemessen zwischen den Verbrechen NS-Deutschlands und denen der Russischen Föderation unter Wladimir Putin?

Tatsächlich lassen sich bereits jetzt bestimmte Ähnlichkeiten zwischen der russischen Besatzungspolitik in der Ukraine und der deutschen im östlichen Europa im Zweiten Weltkrieg beobachten. Vorneweg sei gesagt: das Ausmaß der deutschen Vernichtungspolitik ist bisher in der Ukraine (noch) nicht erreicht. Aber Vergleiche, die freilich immer auch die Funktion haben Unterschiede zu akzentuieren, helfen dabei, die Dynamisierung von Gewalt und Vernichtung in Besatzungsregime einzuordnen. Eine recht offensichtliche Parallele ist der Terror gegen die Zivilbevölkerung. Insofern bestätigt auch der heutige Krieg eine Erkenntnis der historischen Forschung: die Gewalt gegen die Bewohner:innen endet nicht mit dem Ende der Kampfhandlungen. Eindrücklichstes Beispiel dafür sind die Toten von Butscha und Irpin. Auch hier waren es unbewaffnete Zivilist:innen, die den Soldaten der russischen Armee zum Opfer

gefallen sind. Wie genau diese Erschießungen zu erklären sind – wer die Befehle gegeben hat, die Rolle der anti-ukrainischen Staatspropaganda seit 2013/14, die Gewaltkultur der russischen Armee – werden zukünftige Forschungen klären müssen.

Die Tatsache aber, dass Putin die verantwortliche Brigade mit einem Ehrentitel ausgezeichnet hat, beweist, dass die Soldaten den Krieg so ausführen wie er auch vom Putin-Regime gerahmt wird: als die Mission die Ukraine als Staat zu vernichten, als Nation mindestens zu brechen und brutal unterzuordnen. Teil davon ist die gezielte Gewalt gegen die Eliten, die als Rückgrat der Nation gelten – eine Strategie, die etwa im deutsch besetzten Polen, aber auch in den von der Sowjetunion besetzten Regionen Ostmitteleuropas im Einklang mit dem Hitler-Stalin-Pakt zum Einsatz kam. Ob es sich dabei um einen Vernichtungskrieg handelt, also um einen Krieg mit der Absicht die Bevölkerung vollständig oder in großen Teilen zu ermorden oder zu vertreiben, ist derzeit schwer festzustellen. Betrachtet man die in den russischen Medien verbreiteten Botschaften, in denen offen zum Genozid am ukrainischen Volk aufgerufen wird, dann ist das Radikalisierungspotenzial dafür in jedem Fall vorhanden.

Was sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in der Ukraine nicht wiederholen wird, ist ein Völkermord wie der Holocaust. Der spezifische Charakter der Ermordung des europäischen Judentums lag in seiner entgrenzten Totalität der Vernichtung. NS-Deutschland baute eine Europa umfassende Infrastruktur des Mordens auf in der Absicht, auch noch den letzten Juden/die letzte Jüdin auf dem Kontinent zu töten. Ein solch rassenideologisch motivierter Wahn ist in Putins Russland nicht erkennbar. Zu beobachten ist vielmehr die Mobilisierung und Radikalisierung eines Feindbilds bzw. eines Stereotyps, das eine lange Vorgeschichte hat: die des letztlich minderwertigen Ukrainers, der sich Russland unterordnen zu hat. Diese Vorstellung ist keineswegs erst im Putin-Regime geboren. Der Satz, dass der »russische Liberalismus in der Ukraine endet« zeigt vielmehr, dass selbst in Putinkritischen Kreisen die Abwertung der Ukraine durchaus verbreitet ist.

Schon im 19. Jahrhundert einte die Feindschaft gegenüber einer eigenständigen ukrainischen Kultur und Sprache die unterschiedlichen Lager russischer Nationalisten. Auch der russischen Hochkultur sind anti-ukrainische Ressentiments keineswegs fremd. Insofern wäre auch darüber nachzudenken, inwiefern wir

es hier mit einer spezifischen Spielart russischer Xenophobie zu tun haben, die sich in dem Moment radikalisierte, in dem die Ukrainer:innen sich der russischen Erwartung der Subordination unter Moskau widersetzen. Dieser Aspekt der russischen Aggression gegen die Ukraine kam in der deutschen Debatte schon seit 2014 viel zu wenig zur Sprache. Diskussionen um die Rolle der NATO und russische »Sicherheitsinteressen« verdeckten den Blick auf einen entscheidenden Faktor des russischen Vorgehens. Die Ablehnung eines NATO-Beitritts war demnach nur die logische Folge einer Grundüberzeugung Putins und seiner Entourage: dass es die Ukraine als unabhängigen Staat schlicht nicht geben darf. Resümierend steht also fest, dass wir es mit einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands zu tun haben, in dem systematisch Kriegsverbrechen begangen werden und der ideologisch auf der Herabsetzung einer ganzen Nation fußt. Es handelt sich damit um einen Krieg, der zwar nicht die Ausmaße des deutschen Vernichtungskriegs gegen Polen und die Sowjetunion erreicht hat, bei dem aber strukturelle Ähnlichkeiten sowohl hinsichtlich der ideologischen Legitimierung des Kriegs als auch in der Besatzungspolitik erkennbar sind.

Inwiefern ist diese Feststellung relevant für die deutsche Erinnerungskultur? Es bedeutet, dass die Formel des »Nie Wieder« nun politische Relevanz bekommen muss, ohne dass damit notwendigerweise eine Gleichstellung von NS-Deutschland und Putins

Russland einhergeht. Es geht um die Einsicht, dass die deutsche Verantwortung für die Verbrechen des Zweiten Weltkriegs in Osteuropa auch bedeutet, dass Deutschland nun die Verpflichtung hat, die Ukraine langfristig – militärisch wie politisch – zu unterstützen. Damit einhergehen sollte eine kritische Befragung der eigenen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg, in der bestimmte Elemente gerade der osteuropäischen Erinnerung an den Krieg eine eher marginale Rolle spielen. So etwa die Erinnerung an den bewaffneten Kampf gegen den Aggressor – einer erinnerungskulturellen Tradition, die etwa in Polen, der Ukraine und natürlich auch in Russland präsent ist, wobei sie im letzten Fall heute massiv missbraucht wird. Nicht zuletzt aber spielt diese Tradition in der jüdischen Erinnerung eine herausgehobene Rolle, etwa im Hinblick auf die Kämpfer:innen des Warschauer Ghettos oder die jüdischen Soldat:innen, die sich Partisanenverbänden anschlossen. Die bewusste Entscheidung zum Kampf, die Subjektwerdung vom Opfer zum Helden/zur Heldin, beobachten wir heute auch in der Ukraine. Die deutsche Erinnerung dagegen rekurriert besonders auf die Opfererfahrung und die Sehnsucht nach Versöhnung und übersieht dabei möglicherweise, dass die Selbstermächtigung zum Kampf und die Unmöglichkeit der Versöhnung in bestimmten Momenten integraler Bestandteil der Kriegserfahrung waren und sind.

Über die Autorin

Dr. *Franziska Davies* ist Akademische Rätin an der Abteilung für Geschichte Ost- und Südosteuropas am Historischen Seminar der LMU München. Gemeinsam mit Katja Makhotina hat sie das Buch »Offene Wunden Osteuropas. Reisen zu Erinnerungsorten des Zweiten Weltkriegs« verfasst, das im April bei der WBG erscheint.

Frieden und Sicherheit für die Ukraine und Europa entstehen nicht am Reißbrett des Westens

Von Cindy Wittke (Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg)

»**L**iebe westeuropäische Intellektuelle: Ihr habt keine Ahnung von Russland« lautet die Überschrift eines Artikels von Szczepan Twardoch in der Neuen Zürcher Zeitung. Im Untertitel folgt sogleich die nächste Provokation: »Niemand im Westen kann verstehen, was es heißt, im russischen Machtbereich leben zu müssen.« Twardoch hält den »Westplainern« einen Spiegel entgegen. Das reflektierte Bild ist nicht schmeichelhaft. Manche mögen sagen, es sei zu sehr verzerrt. Sich abzuwenden wäre aber falsch. Twardochs Anliegen ist nicht das einer Einzelstimme.

Wenn die Ukraine auf der Agenda ist, muss die Ukraine am Tisch sitzen

Was haben diese Einlassungen mit Deutschland und dem Krieg zu tun? – Viel, denn alle Diskussionen um Strategien für Freiheit, Frieden und Sicherheit für Deutschland sowie den europäischen Kontinent sind seit dem 24. Februar 2022 eng mit dem Verlauf des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und parallel stattfindender Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien verknüpft. Debatten im »Westen«, wie diese zu einem Friedensabkommen für die Ukraine führen können, wirken

dabei wie ein Brennglas für das Ringen nicht nur um die staatliche Souveränität der Ukraine, sondern auch eine ›intellektuelle Selbstbestimmung‹ der Ukrainer*innen. Diskussionen über diese Verhandlungen ist zuweilen die Tendenz eigen, die Subjektivität der Ukraine – als Staat und Verhandlungspartei – in den Hintergrund zu verschieben. Sie weicht Perspektiven und Argumentationen mit einem – unbestreitbar berechtigten – Fokus auf internationalisierten Konfliktregulierung zwischen dem Westen und Russland. Die Ukraine wird dabei zum Ort und Objekt von Verhandlungs- und Sicherheitsstrategien und dem vielzitierten »End Game«.

Die Ukraine als Objekt, statt als Subjekt von Verhandlungen zu betrachten ist kein unbekanntes Muster der deutschen und internationalen Sicherheitspolitik. Es geht mit der gefährlichen Tendenz einher, Russlands »Nahes Ausland« im westlichen politischen und auch wissenschaftlichen Diskurs letztlich zur »Pufferzone« zu machen. Dieses Muster war auch im Zuge der Annexion der Krim und des bewaffneten Konflikts in der östlichen Ukraine in den zurückliegenden acht Jahren zu beobachten, und nicht zuletzt im Rahmen der Verhandlungen angesichts der Konzentration russischer Truppen an der russisch-ukrainischen und belarussisch-ukrainischen Grenze im vergangenen Winter. Daran ändert auch wenig, dass noch im Dezember 2021 ein sicherheitspolitischer Sprecher im Weißen Haus hinsichtlich internationaler Verhandlungen zwischen Russland, den USA und den NATO-Partnern betonte: »if Ukraine is on the agenda, then Ukraine is at the table«.

Wer stabile Brücken bauen will, muss auch den Abgrund vermessen

Es ist eine begrüßenswerte Entwicklung, dass zunehmend ukrainische Wissenschaftler*innen und auch Vertreter*innen von Medien und Zivilgesellschaft zu Wort kommen, wenn es um den Krieg gegen die Ukraine geht. Dabei geht es nicht etwa um eine Quote oder darum, dass nur Ukrainer*innen über die Ukraine, den Krieg oder einen Frieden qualifiziert sprechen könnten. Es geht vielmehr um immanente wichtige Fragen von Partizipation sowie um Wissenshierarchien und -austausch. Ukrainischen Expert*innen, von denen einige geflüchtet sind und andere sich noch im Land aufhalten, sowie ihre Netzwerke sind eine wichtige Ressource, wenn es darum geht, realistische Szenarien für Friedensverhandlungen und Abkommen und auch für Transitional Justice zu entwickeln.

Die konsequente Gegenfrage ist nun natürlich, ob Gleiches nicht auch für russische Wissenschaftler*innen und Jurist*innen gelten sollte. Bereits seit der Annexion der Krim und dem Ausbruch des Kriegs im Donbas 2014 war zum Beispiel der Austausch mit russischen Rechts- und Politikwissenschaftler*innen schwierig; vor allem, wenn auch differenzierte Stimmen zu Wort kom-

men sollten. So durfte die illegale Annexion der Krim in Russland nicht als solche öffentlich benannt werden. Seither wird immer wieder darüber diskutiert, ob und wie zum Beispiel Völkerrechtler*innen inzwischen weitgehend der Kreml-Linie folgen, Differenzierungen und Varianten aus Argumentationslinien und Debatten verschwinden, und der russische Ansatz zum Völkerrecht gar revisionistisch geworden ist. Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat nun jegliche Formen des offiziellen (und auch informellen) direkten Austausch nochmals erschwert. Wie spricht man über die Beendigung eines Angriffskriegs, der in Russland nicht einmal »Krieg« genannt werden darf? Welche wissenschaftlichen Gesprächspartner*innen ließen sich noch finden angesichts der Tatsache, dass die Rektor*innen der führenden staatlich finanzierten russischen Universitäten eine gemeinsame Stellungnahme unterschrieben haben, die Präsident Putin und sein Vorgehen unterstützt? Konferenzreisen ins Ausland und finanzielle und Status-Anreize für internationale Publikationen im werden im Bewertungssystem der russischen Universitäten heruntergefahren.

Wer aufgrund der aktuellen Lage zum Beispiel russische Jurist*innen nicht für einen direkten Dialog gewinnen kann oder auch will, muss ihre Beiträge – sofern möglich – neben den offiziellen Stellungnahmen staatlicher Institutionen und Medien aufmerksam lesen und in Kontext setzen, u. U. gemeinsam mit russischen Wissenschaftler*innen, die Russland bereits verlassen haben oder im Begriff sind, dies zu tun. Denn gerade die Auseinandersetzung mit der Expertise der Expert*innen der Verhandlungsparteien offenbart die realen Schwierigkeiten und die Herausforderungen für einen darauf abgestimmten Pragmatismus. Wer Brücken zwischen den Konflikt-Parteien bauen will, sollte frühzeitig beginnen, das Ausmaß des entstandenen Abgrunds zwischen den Interessen und Positionen – auch der Expert*innen – genau zu vermessen.

Russland – (k)ein Rätsel, Mysterium oder Enigma

Es sei aber gewarnt, nicht in überholte Muster zu verfallen: der Kreml ist nicht voller Raumtheoretiker und ›Schmittianer‹ und auch nicht voller beleidigter Geopolitiker mit einer »Russian Angst«-Neurose vor der Erweiterung der NATO. Der russische Staat unter der aktuellen Führung produziert und assimiliert Konzepte und Ideen, die seiner tatsächlichen oder angestrebten Stellung und Zielen innerhalb der regionalen und globalen Ordnung entsprechen. Rechtliche und politische Konzepte in Bezug auf Raum, Souveränität, territoriale Grenzen und Staatsbürgerschaft sind dabei zentrale Themen. Weltbilder und Theorien werden eklektisch verbunden und bilden immer weitere Schichten von politischer Agenda, Pseudo-Ideologie, »Whatabou-

tism«, Populismus und Propaganda und verbinden sich zu einem geschlossenen und kohärenten machtpolitischen System, das seine Handlungs- und Aggressionsbereitschaft spätestens seit dem russisch-georgischen Krieg 2008 wiederholt unter Beweis gestellt hat.

Einstein sagte einmal, es sei härter, ein Vorurteil zu spalten als ein Atom; die Verhandlungsposition Russlands wird noch schwerer zu knacken sein. Dies gilt vor allem, wenn man sich warnend vor Augen führt, dass die »Entnazifizierung« der Ukraine nun im öffentlichen Diskurs lanciert einen hässlichen Zwilling bekommen hat, die Idee der »Entukrainisierung« der Ukraine. Der RIA-Novosti-Artikel, der diese Idee darlegt, trägt den vielsagenden Titel: *Что Россия должна сделать с Украиной* (Was Russland mit der Ukraine tun sollte).

Wer immer also am finalen Verhandlungstisch Platz nimmt, muss sich der Verantwortung bewusst sein, die die Formulierung dieses Friedensabkommens für die Ukraine, Europa und letztlich global mit sich bringt. Ja, Verhandlungen müssen weitergeführt werden, aber es bedarf aller Expertise; denn Russland kommt auch hier sicher gut »gerüstet« an den Verhandlungstisch und sich der »off ramps«, die der »Westen« nun so geflissentlich strategisch bauen will, sicher selbst bestens bewusst.

Wissensaustausch als Chance für Frieden und Sicherheit in Deutschland und Europa

»Zeitenwende heißt Zeitenwende« – im dritten Monat des russischen Kriegs gegen die Ukraine lässt sich das Ausmaß dieser »tektonischen Verschiebung« in der europäischen Geschichte und ihre Herausforderungen für die Zukunft zunehmend erahnen.

Doch in Deutschland und Westeuropa gibt es Forschung und Expertise zu Russland und zum östlichen Europa. Der Westen ist nicht gar so ahnungslos und wird sich wohl oder übel aus selbst verschuldeten Unmündigkeiten befreien müssen. Die Forschung zum östlichen Europa steht in den kommenden Jahren vor der enormen Herausforderung, wie sie zum Beispiel weiter über Russland, Belarus und auch je nach Lage des Kon-

flikts über die Ukraine forschen und Wissen produzieren kann. Eine solche Forschung muss auch auf entsprechenden Sprach- und vertieften Regionalkenntnissen beruhen, da wichtige Informationen nur in den jeweiligen Landessprachen zugänglich sind und die Handlungen der Akteur*innen nur vor dem Hintergrund ihrer Weltbilder, ihrer ideologischen Visionen sowie ihres Wissens verstanden werden können.

In den vergangenen drei Jahrzehnten, seit dem Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion, wurde regionalbezogene Expertise zum östlichen Europa vor allem in den Sozialwissenschaften wie auch in den Rechtswissenschaften sukzessive eher ab- als ausgebaut; das galt vor allem für die universitäre Forschung und Lehre. Insbesondere seit 2014 findet jedoch ein Ausbau der außeruniversitären regionalbezogenen Forschung statt. Letztlich geht es aber nicht allein darum, ob und welche Expertise zu Russland sowie zum – wie auch immer historisch, politisch oder kulturell definierten – östlichen Europa in Westeuropa vorhanden ist. Es geht auch darum, wie Expertise und Wissensproduktion aus dem östlichen Europa Eingang finden können in die Debatten um Frieden und Sicherheit auf dem europäischen Kontinent. Das gilt nicht nur für Prozesse auf der politischen Bühne, sondern auch für akademische Analyse, Expertise und Politikberatung.

Universitäten und außeruniversitäre Institutionen in Deutschland nehmen derzeit geflüchtete Wissenschaftler*innen aus der Ukraine und auch bedrohten Wissenschaftler*innen aus Russland und Belarus auf. Wenn diese nun am Forschungsstandort Deutschland ihre Arbeit in Europa fortsetzen, bietet ihr Aufenthalt auch neue Dimensionen des Wissenstransfers und des transnationalen Austauschs und eröffnet Perspektiven für eine neue deutsche Sicherheitsstrategie sowie eine neue Friedens- und Sicherheitsordnung für Europa – damit der europäische Kontinent nicht zum russischen Machtbereich wird. Dennoch gibt keine Friedens- und Sicherheitsordnung ohne die Einbeziehung Russlands; eines Russlands, das allerdings gerade dabei ist, seinen Machtbereich unter enormem Risiko und auf unvorstellbar brutale Art zu erweitern.

Über die Autorin

Dr. *Cindy Wittke* ist Leiterin der Politikwissenschaftlichen Forschungsgruppe am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) in Regensburg. Ihre Forschung bewegt sich an den Schnittstellen von internationaler Politik und Völkerrecht. Seit 2019 leitet sie das vom BMBF geförderte Projekt: »Zwischen Konflikt und Kooperation: Politiken des Völkerrechts im post-sowjetischen Raum« (PoIVR, 01UC1901).

Eine längere Version ihres Beitrags wurde in deutscher und englischer Fassung auf dem Verfassungsblog im Rahmen der Debatte »Sicherheitsstrategie nach der Zeitenwende: Institutionen, Recht, Politik« veröffentlicht. Die Autorin bedankt sich beim Verfassungsblog und den Organisatorinnen der Debatte für die Genehmigung den Beitrag hier in gekürzter und aktualisierter Form zu veröffentlichen.

Wittke, Cindy: *Frieden und Sicherheit für die Ukraine und Europa entstehen nicht am Reißbrett des Westens*, *Verf Blog*, 2022/4/13, DOI: [10.17176/20220413-182418-0](https://doi.org/10.17176/20220413-182418-0).

Kommunikationsstrategien im Krieg: Andrij Melnyk und Vitali Klitschko

Von Yana Lysenko (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Einleitung

In Deutschland prägen nach der russischen Invasion in der Ukraine neben dem ukrainischen Präsidenten vor allem zwei deutschsprachige Ukrainer den politischen Kriegsdiskurs. In diesem Zusammenhang kommen nach dem des Präsidenten Wolodymyr Selenskyj die Namen Andrij Melnyk und Vitali Klitschko in den deutschen Medien am häufigsten vor. Der aktuelle ukrainische Botschafter und der Bürgermeister von Kyjiv (dieser oft gemeinsam mit seinem Bruder Wladimir) setzen dabei zur Artikulation ukrainischer Interessen gegensätzliche Kommunikationsstrategien ein, die der Rollenzuweisung von »good cop« und »bad cop« gleichen und im Ergebnis zumindest teilweise zur Erfüllung bisher für Deutschland undenkbarer ukrainischer Forderungen und Wünsche geführt haben.

Andrij Melnyk

Der aktuelle ukrainische Botschafter Andrij Melnyk (46) wurde in der westukrainischen Stadt Lwiw geboren und studierte dort zwischen 1992 und 1997 Internationale Beziehungen. Danach studierte und promovierte er in Kyiv zum Doktor der Rechtswissenschaften (1999–2004). In der Folge wechselte er nach zwei Jahren Beratertätigkeit im Präsidialamt der Ukraine in den diplomatischen Dienst und war von 2007 bis 2010 als Generalkonsul in Hamburg tätig. Von 2010 bis 2014 arbeitete er als Leiter der Europaabteilung im ukrainischen Außenministerium und war als stellvertretender Minister für die Fragen der Integration in die EU zuständig, bis er am 19. Dezember 2014 durch Petro Poroschenko zum ukrainischen Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland ernannt wurde.

2015 erregte Melnyk mit einer Blumenniederlegung am Grab des NS-Kollaborateurs und Partisanenführers Stepan Bandera in München Aufsehen. Diese wurde vom deutschen Bundestag scharf kritisiert. Melnyk lehnt eine Dämonisierung Banderas ab und stellt ihn als Freiheitskämpfer für die ukrainische Identität und gegen das Stalin-Regime dar. Diese Positionierung macht ihn politisch und persönlich angreifbar. Auch seine zumeist wenig diplomatischen Kommunikationsgepflogenheiten machten ihn in der Vergangenheit zu einer in der deutschen politischen Öffentlichkeit umstrittenen Persönlichkeit, deren Eignung für das Amt eines akkreditierten Repräsentanten seines Staates infrage gestellt wurde.

Schon vor dem russischen Angriff am 24. Februar 2022 sparte Melnyk nicht mit ungewöhnlich scharf

formulierter Kritik an deutschen Haltungen, als er etwa im November 2020 den deutschen Umgang mit dem Holodomor angriff. Dieser wird im ukrainischen Diskurs als Hungermord Stalins an der ukrainischen Bevölkerung und als Genozid bewertet, eine Haltung, die der Deutsche Bundestag – wie auch die Regierung Russlands – ablehnt.

Im Juni 2021 sagte Andrij Melnyk seine Teilnahme an der Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion ab, da die Veranstaltung im Deutsch-Russischen Museum stattfinden sollte. Er kritisierte die »Gleichsetzung der UdSSR mit Russland« als »Geschichtsverdrehung«, die den »Beitrag der Ukraine zur Befreiung Europas von der NS-Herrschaft« kleinrede und zeige dass »die Schuld der Deutschen für die Nazi-Verbrechen nach wie vor nur gegenüber Russland und den Russen in Betracht gezogen wird« (<https://germany.mfa.gov.ua/de/news/posol-ukrayini-vidmovivsyia-vid-uchasti-skandal-navkolokomemoratyvnih-zahodiv-prisvyachenih-rokovinamnapadu-nimechchini-na-radyanskij-soyuz>). Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine verschärfte Melnyk seinen für einen Berufsdiplomaten ungewöhnlich deutlichen und fordernden Ton weiter und sorgte damit für eine erhebliche innenpolitische Kontroverse in Deutschland. Als regelmäßiger Gast in Talkshows und mit seinem Twitter-Account ist er in der deutschen Medienlandschaft aktuell omnipräsent und polarisiert durch seine vielfach als polemisch wahrgenommenen Aussagen und Schuldzuweisungen gegenüber der deutschen Politik.

Vitali Klitschko

Den Gegenpol zu Melnyk verkörpert der aktuelle Bürgermeister von Kyjiv, der ehemalige Profiboxer Vitali Klitschko. Er wurde 1971 in der Kirgisischen SSR geboren und lebt seit 1984 in der Ukraine. Gemeinsam mit seinem Bruder Wladimir erlangte er als mehrfacher Weltmeister im Schwergewichtsboxen auch in Deutschland große Popularität. Im Jahre 2000 promovierte er als Sportwissenschaftler. 2010 wurde Vitali Klitschko zum Parteivorsitzenden der UDAR-Partei (Ukrainische demokratische Allianz für Reformen) gewählt und ist seit 2012 Abgeordneter im ukrainischen Parlament. Während der Euromaidan-Protteste setzte sich seine Partei gemeinsam mit den anderen Vertretern der damaligen Opposition für den Rücktritt des Präsidenten Viktor Janukowytsch ein. 2014 ging seine Partei bei den Parlamentswahlen ein Bündnis mit dem Block Petro Poroschenko ein. Vor der Parlamentswahl 2019 löste sich

dieses Wahlbündnis auf. UDAR trat nur in 15 Wahlbezirken an, von denen sie keinen gewann.

Seit 2014 ist Vitali Klitschko Bürgermeister von Kyiv. Er verfügt über eine große persönliche Popularität, so war er noch im Januar 2021 mit 37,5 Prozent (<https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&cid=1003&page=1>) Spitzenreiter im Vertrauensrating vor Wolodymyr Selenskyj (35,6 Prozent (<https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&cid=1003&page=1>)). Seine Partei erreichte im selben Zeitraum lediglich 1,1 Prozent, und lag auch im Februar 2022 bei nur 1,5 Prozent (<https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&cid=1100&page=1>). Im März 2022 belegt Vitali Klitschko den sechsten Platz im Rating der populärsten Politiker der Ukraine (<https://uiamp.org.ua/isled/top-25-reytinga-samykh-populyarnykh-politikov-za-mart-2022g-aleksey-arestovich-irina>).

Vitali Klitschko gilt immer noch als Verbündeter von Petro Poroschenko. Seit dem Amtsantritt Selenskyjs gilt dessen Verhältnis zu Klitschko als angespannt. Nach der Parlamentswahl 2019 versuchte das Präsidentenbüro Selenskyjs mittels eines Verfahrenstricks, Klitschko als Leiter der Stadtverwaltung Kyivs zu entlassen. Trotz erhobener Korruptionsvorwürfe kam es aber nicht zur Absetzung und im November 2020 wurde Klitschko mit 50,5 Prozent der Stimmen für eine zweite Amtszeit bestätigt.

Aufgrund seiner sportlichen Popularität und der Beherrschung der deutschen Sprache genießt Klitschko in den deutschen Medien große Beachtung. Sein Bruder Wladimir bekleidet kein politisches Amt, ist aber in einer informellen Vertreterrolle für seinen Bruder ebenfalls in Deutschland medial aktiv. Nach Kriegsbeginn erfolgte ein wahrnehmbarer Schulterschluss mit Selenskyj und Klitschko trat in der deutschen Presse und in den sozialen Medien als »Stimme der Stadt Kyiv« in Erscheinung.

»Good cop – bad cop«

Im Zuge der erfolgten Veränderungen deutscher Positionen gegenüber ukrainischen Forderungen in den vergangenen Wochen lohnt sich ein Blick auf die Kommunikationsstrategien der beiden Akteure, wenn auch unklar bleiben muss, ob diese tatsächlich orchestriert sind.

Die Kommunikation Melnyks im Laufe der ersten zwei Kriegsmonate wird im deutschen politischen Diskurs vielfach als »unverschämt«, »provokativ« und »undiplomatisch« kritisiert und eine »Zumutung für die politische Elite Deutschlands« genannt. Sein für einen Diplomaten ungewöhnliches und vielfach als unangemessen gewertetes Verhalten, Politiker des Gastlandes offen und polemisch zu kritisieren und mit weitreichenden Forderungen öffentlich zu konfrontieren, wird von seinen Kritikern am ehesten mit einer emotionalen Betroffenheit durch den Krieg oder seinem bereits

bekanntem schwierigen Charakter und seinen extremen politischen Ansichten erklärt, was allerdings seiner Strategie in die Hand spielt.

Die härtesten verbalen Schläge Melnyks trafen nach Kriegsbeginn die SPD und Bundespräsident Frank Walter Steinmeier. Als ersten Warnschuss boykottierte der Botschafter die Teilnahme an einem Solidaritätskonzert am 27.03. im Schloss Bellevue, da dort »nur russische Solisten« auf der Bühne stünden. Dieser Vorwurf stieß überwiegend auf Unverständnis in der deutschen Politik, da an diesem Konzert tatsächlich Musikerinnen und Musiker aus der Ukraine, Belarus, Russland und Deutschland teilnahmen und in Deutschland vor allem das versöhnende Moment des Programms betont wurde.

Im nächsten Schritt ging Melnyk weiter Steinmeier an, indem er dessen aus ukrainischer Sicht zu verständnisvolle und kompromissbereite Russlandpolitik im Amt des Außenministers scharf verurteilte und dem Bundespräsidenten vorwarf, »seit Jahrzehnten ein Spinnennetz der Kontakte mit Russland« zu knüpfen. Damit steigerte er die Eskalationsstufe im bereits angespannten deutsch-ukrainischen Verhältnis weiter. Steinmeier geriet aber dadurch unter persönlichen Druck, sich gegen die Vorwürfe einer verfehlten Russland- und Energiepolitik sowie der Nähe zu Putin rechtfertigen zu müssen.

Teile der deutschen Presse folgten dem vor allem über seinen Twitter-Account und durch Talkshow-Auftritte artikulierten Argumentationsmuster Melnyks, der eine Aufarbeitung deutscher Russland-Politik forderte. In der Folge räumte Steinmeier eigene Fehler der Vergangenheit im Umgang mit Russland ein. Auch Melnyks offensive Forderung nach der Lieferung deutscher Waffen, die zunächst öffentlich abgelehnt wurde, wurde unter den Eindrücken russischer Kriegsverbrechen und zunehmend bedrohlicher Rhetorik aus Moskau zumindest teilweise erfüllt, ohne aber zu einem grundlegenden Wandel in der Wahrnehmung des Botschafters zu führen.

Das Image Vitali Klitschkos in Deutschland steht im klaren Gegensatz zum Bild Melnyks. Auf vielfach verbreiteten Videos ist Klitschko – oft gemeinsam mit seinem Bruder – neben zerstörten Gebäuden in Kyjiv zu sehen. Anders als der stets formell gekleidete Melnyk zeigen sich die Brüder Klitschko zumeist in militärischer Schutzkleidung oder informellem olivgrünen Outfit, wie es auch vom ukrainischen Präsidenten seit dem Beginn des Krieges getragen und in der öffentlichen Wahrnehmung vor allem mit Tapferkeit und Heldentum assoziiert wird.

Der Unterschied zu Melnyk ist auch im Ton Klitschkos offensichtlich, da seine deutschsprachigen Reden weit versöhnlicher und ermutigender klingen. Gemeinsam mit seinem Bruder wandte sich der Bürgermeister von Kyiv wiederholt in scheinbar selbst aufgenommen

Videos an die deutsche Bevölkerung. So entstand der Eindruck einer pro-ukrainischen Kampagne und einer unabhängig organisierten diplomatischen Mission, den auch musikalische Auftritte seiner Ehefrau bei deutschen Solidaritätskonzerten unterstützten. Dabei bittet auch Vitali Klitschko in seinen Video-Botschaften und Interviews stets um die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine und um ein Energie-Embargo gegenüber Russland, was im Vergleich zu Melnyks in der Form weit aggressiver artikulierten Forderungen auf weniger Kritik von deutscher Seite stößt.

Deutlich sichtbar wurde die Diskrepanz etwa in der Wertung der Vorgänge vom 13. April 2022, als dem deutschen Bundespräsidenten aus Kiew mitgeteilt wurde, dass seine Teilnahme an einem gemeinsamen Besuch mit den Präsidenten Lettlands, Litauens und Estlands nicht erwünscht sei. Stattdessen wurde an Bundeskanzler Scholz appelliert, Kyiv zu besuchen. Dieser diplomatisch äußerst ungewöhnliche Affront symbolisierte öffentlich, dass die ukrainische Regierung wenig Interesse an solidarischer Symbolpolitik eines Partners zeigte, der sich im aktuellen Konflikt vor allem mit Friedensappellen statt konkret sichtbarer Taten positionierte. Mit der fordernd vorgetragenen Einladung an den Bundeskanzler wurde von ukrainischer Regierungsseite zugleich signalisiert, dass dessen reale politische Wirkungsmacht als Ursache der deutschen Bremserwirkung ausgemacht worden war.

Während Andrij Melnyk sich öffentlich hinter die Ausladung Steinmeiers stellte, wurde Klitschko seiner Rolle als »good cop« gerecht und verteidigte öffentlich Deutschland und seinen Bundespräsidenten. Dennoch betonte auch er wie Melnyk nachdrücklich die Notwendigkeit schneller Militärhilfe für die Ukraine, stellte aber in seiner Rhetorik das Gute und Ermutigende in den Vordergrund. Die Kritik an einzelnen deutschen Politikern ließ er aus, während der »bad cop« Melnyk in seiner Bewertung weiter auf Provokationen und Schuldzuweisungen setzt.

Resümee

Deutlich ist, dass in der deutschen Wahrnehmung des Krieges nicht der Inhalt, sondern der Ton den Diskurs bestimmt, da der »bad cop« Ukrainer Melnyk und der »good cop« Ukrainer Klitschko in Inhalt und Zielrichtung ihrer Kommunikation eigentlich kaum unterscheidbar sind. Der Erwartung der deutschen Politik und den diplomatischen Gepflogenheiten unter befreundeten Staaten entspricht dabei aber nur das Auftreten Klitschkos.

Für die ukrainische Politik würde eine reine Beschränkung auf diese Form der Kommunikation allerdings in eine Sackgasse führen. Eine rein klassische Diplomatie des warmen Handschlages wäre im Falle des

heutigen Deutschlands für die Ukraine kontraproduktiv. Wäre Melnyk nach den üblichen zurückhaltenden Gepflogenheiten aufgetreten, so hätte er der deutschen Regierung und der deutschen Gesellschaft den Eindruck vermittelt, dass ihre Position in diesem Konflikt völlig angemessen ist. Zu den 5.000 Helmen hätte die ukrainische Regierung allenfalls einen soliden Bankscheck bekommen, mit dem Deutschland sich von allen Fehlern seiner Russland-Politik freigesprochen gefühlt hätte.

Wie das Vorgehen Melnyks zeigt, scheint es für die Erzielung des erwünschten Ergebnisses durchaus sinnvoll, überhöhte Forderungen an die Verhandlungspartner zu stellen und einen Rechtfertigungszwang zu erzeugen, damit zumindest die Minimalforderungen erfüllt werden. Als Beispiel dafür kann die praktisch unerfüllbare Forderung nach einer Flugverbotszone über der Ukraine dienen, die im Folgenden als Kernargument für die »ersatzweise« Lieferung von Kampfjets und Flugabwehrraketen benutzt wurde.

So ist auch die Ausladung Steinmeiers nicht als persönliche Beleidigung des Bundespräsidenten zu deuten, sondern als ein Schlag gegen das internationale Image Deutschlands, als ein Warnschuss der Ukraine, das realpolitische Handeln Deutschlands zu überdenken. Im Resultat erzielte der öffentlich aufgebaute Druck auf Deutschland und die Bundesregierung bei aller Empörung über Melnyk eine teilweise Revision deutscher Positionen, die schließlich sogar zur Entscheidung des Deutschen Bundestages führte, der Ukraine schwere Waffen zu liefern.

Für die aktuelle Krisenzeit stellt die Kombination aus einer versöhnlichen und einer aggressiven Rhetorik somit scheinbar eine gute und lösungsorientierte Kommunikationsstrategie dar: Während Melnyk die deutsche Regierung für ihre unentschlossenen Haltung scharf angeht, sendet Klitschkos nette und tröstende Botschaften mit freundlichen Tipps, wie Deutschland besser handeln könnte.

Die Handlungsanweisung einer »bad cop«-Strategie nach Melnyk könnten etwa so formuliert werden: Beginne mit Maximalforderungen und trage diese so offensiv wie möglich vor. Zeige öffentlich keine Kompromissbereitschaft und kritisiere, wenn den Forderungen nicht nachgegeben wird, den Verhandlungspartner mit moralischen Argumenten, um ihn mit Schuldzuweisungen in eine Rechtfertigungsposition zu bringen, sodass sein Image unter Druck gerät.

Die »good cop«-Strategie nach Klitschko dagegen beinhaltet zunächst keine ultimativen Forderungen, sondern rhetorisch geschickt formulierte Bitten und motivierende Appelle. Stets werden die gute Zusammenarbeit und die Einigkeit hervorgehoben, der Verhandlungspartner bei minimalen Erfolgen gelobt und bei Misserfolgen die persönliche Betroffenheit in milde

hoffnungsvolle Worte gefasst. Eine emotionale Bindung zum Verhandlungspartner und eine menschliche Nähe zu ihm sollen so die Fähigkeit vermindern, die Bitten eines »guten Freundes« abweisen zu können.

Eine Beschränkung auf den Weg Melnyks könnte in der langfristigen Perspektive allerdings zu einer Verzerrung in der öffentlichen Meinung Deutschlands führen, indem die Antipathie gegenüber dem Botschafter wachsen und auf das ganze Land übertragen würde. Eine Beschränkung auf ein zurückhaltendes und die

deutschen Erwartungen erfüllendes Auftreten würde hingegen wenig reale Ergebnisse außerhalb des »tiefsten Mitgeföhls« bringen. Es erscheint kaum denkbar, dass ohne den (un)diplomatischen Druck, den Melnyk als Botschafter sicher nicht ohne Rückendeckung der ukrainischen Regierung aufgebaut hat, in Deutschland derart umstrittene und weitreichende Entscheidungen getroffen worden wären, vielmehr hätte der Krieg in der Ukraine von der deutschen Agenda sogar allmählich verschwinden können.

Über die Autorin

Yana Lysenko studiert im MA Politikwissenschaft an der Universität Bremen und ist an der Forschungsstelle Osteuropa affiliert, wo Sie in mehreren Forschungsprojekten zur Ukraine mitgearbeitet hat. Ihre Forschungsinteressen liegen in den Bereichen der Konfliktforschung (aktuell insbesondere in den Ukraine-Russland-Beziehungen) und der De-facto-Staaten.

Deutschland in den russischen staatsnahen Medien

Von Daria Zakharova (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Einleitung

Dieser Artikel untersucht die wichtigsten Narrative über Deutschland in der Berichterstattung der staatlichen russischen Medien im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine. Deutschland erhielt von den russischen Medien schon früher große Aufmerksamkeit – doch mit Kriegsbeginn hat diese noch zugenommen. Zu den Hauptthemen der russischen Propaganda in Bezug auf Deutschland gehören Waffenlieferungen an die Ukraine, ukrainische Flüchtlinge und die angebliche Verarmung der deutschen Gesellschaft aufgrund der gegen Russland verhängten Sanktionen.

Waffenlieferungen für die Ukraine

Beim Treffen der »Ukraine Defense Consultative Group« auf der US-Luftwaffenbasis Ramstein am 26.04. erklärte die deutsche Verteidigungsministerin, dass Deutschland schwere Waffen an die Ukraine liefern werde. Die russische Propaganda interpretierte die Entscheidung als »Nachgeben auf Druck der USA«.

Der staatliche Erste Kanal strahlte so einen Bericht über das Treffen aus, in dem die »Demütigung« Deutschlands durch die Amerikaner beschrieben wurde: »Auf dem Stützpunkt Ramstein wurde heute die ›Gastgeberin des Abends‹ – also die Gastgeberseite – Deutschland gedemütigt. Das Treffen im ›Officers' Club‹ – dem Stützpunkt der US-Streitkräfte in Ramstein in Deutschland – geriet zu einer demonstrativen Demütigung der deutschen Seite. In der Halle hatten die Amerikaner, als wäre es ihre Absicht gewesen, nur die US-amerikanische und die ukrainische Flagge aufgestellt [...] Die deutsche Ministerin hatte, wie sich herausstellte, sogar den Text

ihrer Rede an die Presse geschickt – sie hatte geplant, nach Lloyd Austin zu sprechen, bekam aber von den Amerikanern einfach nicht das Wort. [...] Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz hat sich in den letzten Wochen gegen die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine gewehrt, was mit dem lauwarmen Empfang auf der US-Airbase Rammstein zu tun haben könnte – die USA zwingen ihre Verbündeten, immer mehr Waffen an Kiew zu liefern.«

Tatsächlich saß die deutsche Verteidigungsministerin bei der Veranstaltung direkt neben den beiden amerikanischen Vertretern am Tischende. Sie bestätigte die Lieferung von Panzern in einer eigenen Pressekonferenz.

Zusätzlich begannen russische regierungsnaher Medien vermehrt, die Unterstützung deutscher Politiker für die Ukraine mit dem »gemeinsamen Nazi-Nenner« zu erklären. Dies fügt sich in eines der Hauptnarrativen der russischen Propaganda über die Ukraine ein, nämlich die Rechtfertigung der Invasion mit der angeblichen Herrschaft von Nazi-Bataillone in der Ukraine.

Ein Beispiel bietet der Fernsehkanal Ren-TV in seiner Nachrichtensendung: »Das deutsche Unternehmen Rheinmetall, das die Nazis im Zweiten Weltkrieg mit Waffen belieferte, war nun bereit, die Neonazis in der Ukraine mit gebrauchten Panzern zu versorgen. Bundeskanzler Scholz hat sich jedoch eine kompliziertere Variante ausgedacht: mit garantierten Gewinnen auf Jahre hinaus. Deutschland bietet seinen osteuropäischen Partnern an, sowjetische Waffen an die Ukraine zu übergeben, und im Gegenzug wird Berlin neue Modelle einer ›Wunderwaffe‹ liefern.«

Beliebt ist auch der Verweis auf scheinbar belanglose Details, denen im Stil einer Verschwörungstheo-

rie eine größere Bedeutung zugeschrieben wird. In der populären politischen Talkshow des staatlichen Fernsehsenders Rossiya-1 wurde so auf die Zahl der schweren Waffen hingewiesen, die Deutschland der Ukraine zugesagt hat, konkret 88 Leopard-Panzer: »Was ist die Zahl 88? 88 Grundsätze des Neonazismus, die auf Kapitel 8, 88 Worte aus dem Buch ›Mein Kampf‹ von Hitler basieren«, argumentiert der eingeladene Politikexperte. »Es gibt eine schlimmere Geschichte«, antwortet die Moderatorin der Sendung, »die erste Ladung Waffen sollte am 14. April geliefert werden.« »Ja«, fährt der Experte fort, »das heißt, Deutschland hat in der Tat bestätigt, dass es sich auf den Neonazismus eingelassen hat. Das heißt, wir erleben ein Wiederaufleben des Faschismus im wahrsten Sinne des Wortes innerhalb der NATO.«

»Flüchtlingskrise« in Deutschland

Ein weiteres häufig verwendetes Narrativ der russischen Staatsmedien ist die sogenannte ukrainische Flüchtlingskrise in Europa und Deutschland. Die staatlichen Medien betonen das »schlechte Verhalten der Flüchtlinge«, mit dem die Deutschen angeblich unzufrieden seien, sowie die »Begeisterung« der Ukrainer für nationalistische Ideen.

Der staatliche Fernsehkanal Rossiya-24 berichtet so: »Die Flüchtlinge in Russland und Europa unterscheiden sich deutlich voneinander. Im Westen hat man die Nationalisten bereits gespürt – gelbe- blaue Fahnen tauchen dort auf, wo sie nicht hingehören« und in einem anderen Bericht geht es um die »Unzufriedenheit von Scholz« mit dem Flüchtlingsstrom nach Deutschland. »Die Handschrift der ukrainischen Flüchtlinge ist in jedem Gastland dieselbe: Frechheit und Unhöflichkeit sind nur ein kleiner Teil dessen, was uns die Einheimischen erzählen. Scholz nennt den Zustrom von Flüchtlingen ein großes Problem und fordert Polen auf, Züge auszusetzen.«

Das »schlechte Verhalten der Flüchtlinge« ist ein häufiges Thema staatlicher Medien. Der nationale Fernsehsender »360« brachte eine Sendung mit dem Titel »Die Deutschen haben die Nase voll von der Russophobie der Flüchtlinge«. Darin heißt es, dass »die nationalsozialistische Gesinnung der ukrainischen Flüchtlinge den Deutschen große Sorgen bereitet.« Der Fernsehsender Ren-TV brachte ebenfalls einen Bericht über die angebliche Unzufriedenheit der Deutschen: »Ein zusätzlicher Grund für die Unzufriedenheit war das Verhalten der ukrainischen Flüchtlinge – viele von ihnen kamen mit Luxusautos nach Deutschland und begannen sofort, die Regeln zu brechen, einschließlich des Parkens dort, wo es nicht erlaubt ist. Die Polizei schreitet nicht ein, selbst wenn sie von den Anwohnern darum gebeten wird.«

Tatsächlich zeigt eine Umfrage des Deutschland-Trends der ARD, dass Ende April 75 % der deutschen Bevölkerung »Aufnahme und Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge« in Deutschland für »angemessen«

hielten und nur 11 % erklärten sie »gehe zu weit«. Weitere 10 % waren der Ansicht sie »ginge nicht weit genug«.

»Verarmung« Deutschlands wegen der Sanktionen

Nach Darstellung der russischen Propaganda spart die deutsche Gesellschaft aufgrund der gegen Russland verhängten Sanktionen überall am Nötigsten und überdenkt sogar ihre Haltung zum Krieg in der Ukraine.

Zum Beispiel berichtet der Sender Rossiya-24 in einem Nachrichtenbeitrag: »Unbezahlbarer Kraftstoff, explodierende Preise, leere Ladenregale und düstere Preisprognosen für Brot – wie wäre es mit einem Brot für 10 Euro?« Der »Erste Kanal« beschreibt eine Schlägerei um Pflanzenöl in einem deutschen Supermarkt. »Die Lücken in den Lebensmittelregalen sind unübersehbar – Butter, Mehl, Toilettenpapier sind ausverkauft.« In Deutschland gibt es in der Tat Engpässe bei bestimmten Produkten wie Mehl oder Pflanzenöl, aber von landesweitem Mangel, unbezahlbaren Preisen und Schlägereien als »typischer« Folge kann nicht die Rede sein.

Deutsche Politiker für Russland

In der russischen Propaganda findet man häufig Hinweise auf deutsche Abgeordnete, die Russland unterstützen, die Ukraine und die Europäische Union verurteilen und den Zusammenbruch des Westens vorhersagen. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um Vertreter der »Alternative für Deutschland«, die für ihre euroskeptische und russlandfreundliche Haltung bekannt ist.

So hat zum Beispiel das Nachrichtenprogramm »Vesti« des staatlichen Fernsehsenders Rossiya-1 eine Reportage gesendet mit dem Titel »Ex-Bundestagsabgeordneter: Soros' Spione fordern die Entsendung von Panzern in die Ukraine«. Darin beschuldigte der ehemalige Bundestagsabgeordnete der AfD, Waldemar Herdt, Lobbyisten, Waffen an die Ukraine zu liefern. »Diejenigen, die das tun wollen, sind der Abschaum von Soros. Das sind Leute, die jahrelang aus dem Ausland finanziert wurden und jetzt für ihr Geld arbeiten müssen.«

Die russischen regierungsnahen Medien berichten auch prominent über Stellungnahmen von Tino Chrupalla, dem Vorsitzenden der AfD-Bundestagsfraktion, in denen er die deutschen Sanktionen gegen Russland verurteilt und als destruktiv bezeichnet oder die Wiederaufnahme des Nord-Stream-2-Projekts verlangt.

Resümee

Die russische Propaganda übertreibt und verzerrt die deutsche Realität ins Katastrophale. Damit soll dem russischen Publikum gezeigt werden, dass die deutsche und europäische Gesellschaft angeblich mehr unter den Sanktionen leidet als die russische Gesellschaft. Ein weiteres Leitmotiv der Propaganda ist, dass Europa ins

Wanken gerät – viele in Deutschland beginnen angeblich, ihre Unterstützung für die Ukraine zurückzuzieh-

men und ihre Haltung gegenüber Russland in eine positive Richtung zu überdenken.

Über die Autorin

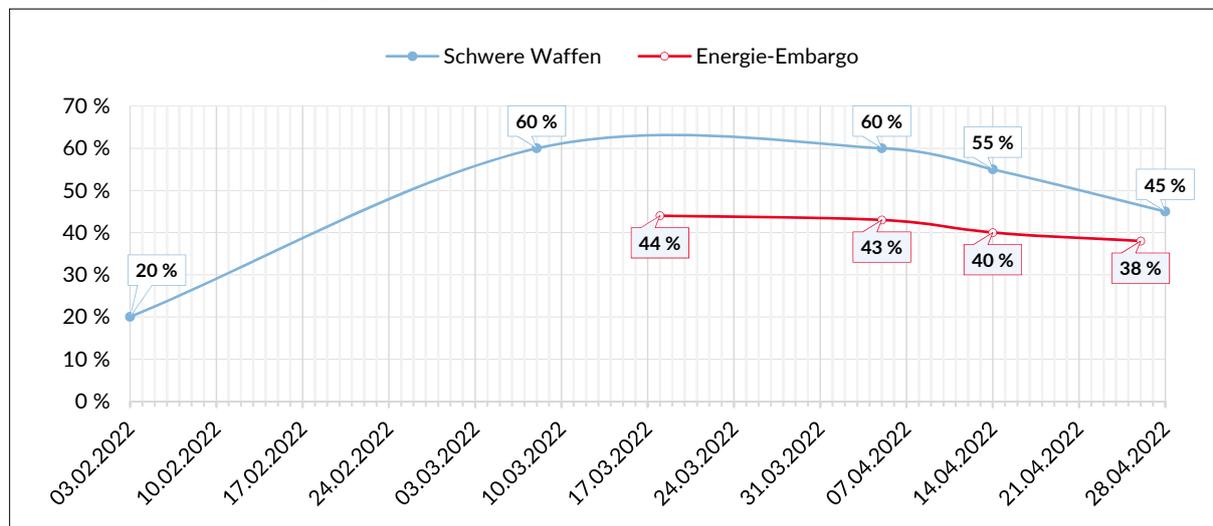
Daria Zakharova ist derzeit als Bundeskanzler-Stipendiatin der Alexander von Humboldt Stiftung im Bereich Medienforschung an der Forschungsstelle Osteuropa (FSO) in Bremen tätig. Sie hat einen BA in Journalismus der Russischen Universität der Völkerfreundschaft (RUDN) und einen Master of Public Policy der Willy Brandt School of Public Policy der Universität Erfurt. Zu ihren Forschungsinteressen gehören die russisch-deutschen Beziehungen, europäische Governance und die EU-Osterweiterung.

UMFRAGEN

Die Haltung der deutschen Bevölkerung zur Lieferung schwerer Waffen und zum Energie-Embargo

Die folgende Grafik kombiniert zur jeweiligen Frage jeweils die Ergebnisse des ARD-DeutschlandTrends (<https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/> sowie <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2022/april/>) und des RTL/ntv-Trendbarometer (<https://www.rtl.de/themen/thema/trendbarometer-t15473.html>)

Grafik 1: Zustimmung zur Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine und zu einem Einfuhrstopp für russische Energielieferungen



Anmerkung: Hier aufgenommen wurden nur Umfragen, bei denen die entsprechende Frage inhaltlich weitgehend identisch ist. Einzige Ausnahme: Die Frage vom Februar zu Waffen bezieht sich noch auf Waffenlieferungen allgemein, nicht auf schwere Waffen. Die Frage zu einem Energie-Embargo wird erst seit Mitte März gestellt. Vorher gab es u. a. Fragen zur Genehmigung der Pipeline NordStream 2. Im ARD-DeutschlandTrend vom 28.04.2022 wird getrennt nach sofortigem und schrittweisem Energie-Embargo gefragt, mit Zustimmung von 22 % bzw. 54 %.

Quellen: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2022/februar/>, <https://www.rtl.de/cms/ukraine-krieg-im-rtl-ntv-trendbarometer-mehrheit-der-deutschen-spricht-sich-fuer-schwere-waffenlieferungen-aus-4931922.html>, <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-2939.html>, <https://www.presseportal.de/pm/154530/5189575>, <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-2979.html>, <https://www.rtl.de/cms/rtl-ntv-trendbarometer-das-sind-die-groessten-sorgen-der-deutschen-4959667.html>, <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-2991.html>

Tabelle 1: Zustimmung zur Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine und zu einem Einfuhrstopp für russische Energielieferungen

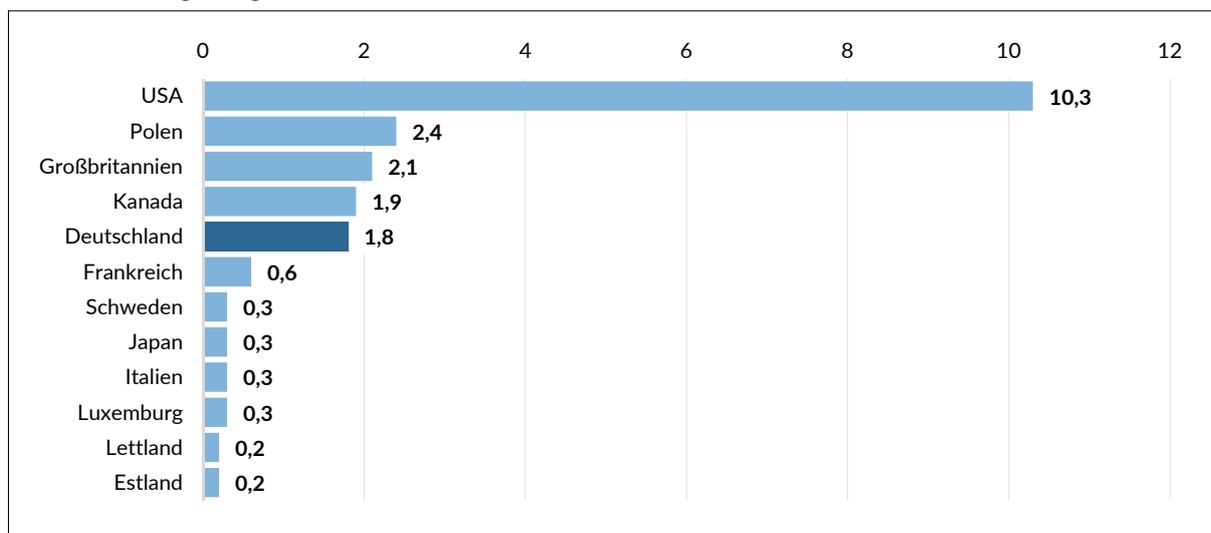
Datum	KW	Schwere Waffen	Energie-Embargo	Quelle
03.02.2022	5	20 %		https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2022/februar/
08.03.2022	10	60 %		https://www.rtl.de/cms/ukraine-krieg-im-rtl-ntv-trendbarometer-mehrheit-der-deutschen-spricht-sich-fuer-schwere-waffenlieferungen-aus-4931922.html
18.03.2022	11		44 %	https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-2939.html
05.04.2022	14	60 %	43 %	https://www.presseportal.de/pm/154530/5189575
14.04.2022	15	55 %	40 %	https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-2979.html
26.04.2022	17		38 %	https://www.rtl.de/cms/rtl-ntv-trendbarometer-das-sind-die-groessten-sorgen-der-deutschen-4959667.html
28.04.2022	17	45 %		https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-2991.html

Anmerkung: Hier aufgenommen wurden nur Umfragen, bei denen die entsprechende Frage inhaltlich weitgehend identisch ist. Einzige Ausnahme: Die Frage vom Februar zu Waffen bezieht sich noch auf Waffenlieferungen allgemein, nicht auf schwere Waffen. Die Frage zu einem Energie-Embargo wird erst seit Mitte März gestellt. Vorher gab es u. a. Fragen zur Genehmigung der Pipeline NordStream 2. Im ARD-DeutschlandTrend vom 28.04.2022 wird getrennt nach sofortigem und schrittweisem Energie-Embargo gefragt, mit Zustimmung von 22 % bzw. 54 %.

STATISTIK

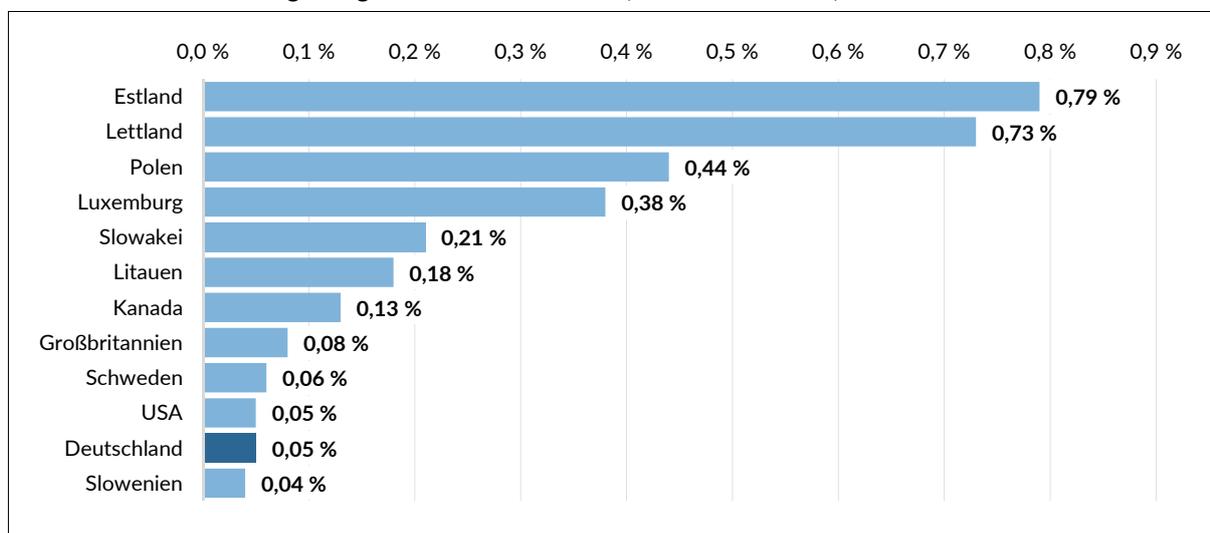
Bilaterale Hilfe für die Ukraine seit Kriegsbeginn: Deutschland im internationalen Vergleich

Die folgenden Grafiken basieren auf den Zahlen des »Ukraine Support Tracker«, den das Kieler Institut für Weltwirtschaft erstellt. Berücksichtigt sind Zusagen, die Regierungen oder Institutionen der ukrainischen Regierung seit dem 24.01.2022 gemacht haben. Die vollständige Datensammlung zusammen mit Informationen zur Datenerhebung und umfangreichen Auswertungen gibt es auf der Seite des Instituts: <https://www.ifw-kiel.de/de/themendossiers/krieg-gegen-die-ukraine/ukraine-support-tracker/>

Grafik 1: Regierungshilfen an die Ukraine in Mrd. Euro (24.01.–23.04.2022)

Anmerkung: Die Grafik umfasst die ersten 12 Plätze (von insgesamt 31 erfassten westlichen Staaten)

Quelle: Kieler Institut für Weltwirtschaft: »Ukraine Support Tracker«, https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/Subject_Dossiers_Topics/Ukraine/Ukraine_Support_Tracker/UkraineTracker_v2_02052022.xlsx

Grafik 2: Bilaterale Regierungshilfen als Anteil am BIP (24.01.-23.04.2022)

Anmerkung: Die Grafik umfasst die ersten 12 Plätze (von insgesamt 31 erfassten westlichen Staaten)

Quelle: Kieler Institut für Weltwirtschaft: »Ukraine Support Tracker«, https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/Subject_Dossiers_Topics/Ukraine/Ukraine_Support_Tracker/UkraineTracker_v2_02052022.xlsx

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Heiko Pleines (verantwortlich)
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>